

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 2,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 einschließlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonement: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragene in die Post-Belegungs-
 Verzeichnisse. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Oesterreich-Ungarn
 2 Mark, für das übrige Ausland
 3 Mark pro Monat. Postabonnements
 nehmen an: Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgepolte Kolon-
 nelle oder deren Raum 50 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Beirats-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“, das erste (ein-
 gedruckt) Wort 20 Pf., jedes weitere
 Wort 10 Pf. Stellengelände und Schlaf-
 stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf.,
 jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über
 15 Buchstaben zählen für zwei Worte.
 Inserate für die nächste Nummer müssen
 bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Montag, den 3. Mai 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Feldgefahren.

Die Abstimmung über die von den verschiedenen Parteien gestellten Wertzuwachssteuer-Anträge ist am Sonnabend in der Finanzkommission des Reichstages erfolgt; doch bedeutet die Stimmeneinstimmung keine Klärung der äußerst gespannten Lage. Die Gegensätze zwischen den Blockparteien wie auch zwischen diesen und der Bülow'schen Regierung haben sich vielmehr aufs schärfste kritisch zugespitzt. Rechte und Linke des Blocks haben das Vertrauen zu einander völlig verloren und betrachten sich gegenseitig nur noch mit Mißtrauen als politische Intriganten, die zu jedem perfiden Handstreich bereit sind.

Wieder zeigt sich mal die rohe Selbstsucht der herrschenden Schichten Deutschlands, ihre innere Verlogenheit und patriotische Heuchelei in widerlicher Blöße — fast als hätten sich unsere „Edelsten und Besten“ darauf kapriziert, dem wertkätigen Volke aufs neue den Beweis zu liefern, daß die deutschen Magnaten des mobilen und immobilien Kapitalbesitzes tief unter den herrschenden Klassen der übrigen Kulturstaaten Europas stehen und im Vergleich zu diesen den vollsten Anspruch darauf haben, als politisches Gesindel klassifiziert zu werden.

Auch England befindet sich zurzeit in einer Finanznotlage. Es hat ein Defizit von ungefähr 16 1/2 Millionen Pfd. Sterl. zu decken, und außerdem sind für projektierte wichtige Ausgaben in den nächsten Jahren weitere vier Millionen Pfund Sterling erforderlich. England sieht sich also ebenfalls genötigt, über 400 Millionen Mark neuer Steuern aufzubringen. Wie aber hilft sich dieser Staat, der von unseren aufs Volkskosten existierenden Großagrarern so oft als „Trämerhafte“ und „perfidie“ verhöhnt wird, aus seiner finanziellen Notlage? Nach den Vorschlägen der englischen Regierung sollen nur 2,9 Millionen Pfund, also noch nicht 60 Millionen Mark, durch Erhöhung der Zölle und Akzise (Verbrauchsabgabe) auf Spirituosen und Tabak aufgebracht werden; der übrige Betrag soll durch Besteuern gedeckt werden, und zwar sollen zirka 70 Millionen Mark durch eine Erhöhung der Steuer auf größere Einkommen (Einkommen unter 3200 Mark bezahlen in England überhaupt keine Steuer) hereingebracht werden; um ungefähr 80 Millionen Mark (später 135 Millionen Mark) soll die Erbschaftsteuer gesteigert werden, obgleich die Nachlässe schon heute demnach in England besteuert sind, daß der Staat daraus jährlich eine Einnahme von beinahe 400 Millionen Mark zieht; 52 Millionen Mark soll die Erhöhung der Schankkonzessionsgebühren bringen; und den übrigen Teil will man aus Stempelsteuern auf Verkäufe von Liegenschaften und Wertpapieren, aus Wertzuwachssteuern, aus Automobil- und einigen kleinen Nebensteuern sowie aus einer Reduktion des Schuldentilgungsfonds heraushehlen.

Obgleich ohnehin schon die Steuern auf höhere Einkommen, Vermögen, Erbschaften und geschäftliche Aktionen in England weit höher sind, als im jüngerlichen Deutschen Reich, soll demnach in England doch von den erforderlichen 400 Millionen Mark nur ungefähr der siebente Teil durch Verbrauchsteuern aufgebracht, dagegen sechs Siebentel den Wohlhabenden auferlegt werden. In Deutschland hingegen sollen vier Fünftel der erforderlichen 500 Millionen Mark neuer Steuern den Unbemittelten aufgebürdet werden und nur höchstens ein Fünftel den Besitzenden. Mehr als lange Auseinandersetzungen es vermöchten, zeigt die Gegenüberstellung dieser Ziffern, wie tief die deutsche offizielle Steuerpolitik unter der englischen steht und wie tief der Grundadel und die Großbourgeoisie Deutschlands unter den entsprechenden Schichten Englands.

Aber selbst über dies eine Fünftel Vermögen sich die herrschenden Klassen in Deutschland nicht zu einigen; denn nur aus der Frage, welcher Teil der herrschenden Klassen zu diesem Fünftel am meisten beitragen soll, ist der jetzt zwischen den Blockparteien tobende Kampf und Konflikt entsprungen. Damit, daß vier Fünftel der zur Deckung des Reichsdefizits nötigen Steuern den unbemittelten Volksschichten aufgebürdet werden sollen, sind trotz aller gegenseitigen Beteuerungen auch die Freisinnigen einverstanden, wenn sie auch in einzelnen zugunsten bestimmter Kleingewerblicher Geschäftskreise allerlei Spezialwünsche haben. Was den Liberalismus und den Konfessionsmiss zum gegenseitigen Kampf in die politische Arena treibt, ist lediglich das Motiv, von dem einen Fünftel möglichst wenig der eigenen Interessenssicht aufzubürden zu lassen. — Die Konservativen als Vertreter des Großgrundbesitzes verlangen, daß vor allem die Besitzer beweglichen Kapitals, besonders die Börse, zur Bezahlung des einen Fünftels herangezogen werden; sie fordern deshalb die Einführung einer den ländlichen Großgrundbesitz nur in geringem Maße treffenden Wertzuwachssteuer, hauptsächlich auf städtischen Boden- und Hausbesitz sowie auf Wertpapiere; ferner Dividenden- und Umsatzstempelsteuern. Die Liberalen als Vertreter des beweglichen Kapitalbesitzes dagegen beziehen die Einführung einer Wertzuwachssteuer auf Wertpapiere und die Dividendensteuer als eine Vernichtung der ganzen herrlichen heutigen Kultur; sie ziehen die Nachlasssteuer vor, zumal sich der in Liegenschaften be-

stehende Besitz nicht so leicht der Heranziehung zur Nachlasssteuer zu entziehen vermag als der in Wertpapieren bestehende Besitz, den in vielen Fällen die Erben bequem von der Wertfeststellung des Nachlasses beiseite zu schaffen vermögen.

Die letzten Sitzungen der Finanzkommission und speziell die Abstimmungen am Sonnabend spiegeln diese Interessensmotive aufs deutlichste wieder.

Zunächst wurde der Antrag der sozialdemokratischen Mitglieder der Finanzkommission, der den Ersatz der geplanten Steuern auf Tabak, Bier, Branntwein usw. durch eine Reichsvermögens-, Reichseinkommen- und Reichswertzuwachssteuer verlangt, abgelehnt. Kein Mitglied der anderen Parteien stimmte dafür. Sie alle ohne Unterschied wollten den unbemittelten Volksschichten die Hauptlast der neuen Steuern anferlegen.

Darauf folgte die Abstimmung über den von der Reichspartei zum Antrag Dietrich-Westarp gestellten Eventualantrag, der in dem Antrag der Konservativen die Bezeichnung der Wertzuwachssteuer als Ersatzsteuer für die Erbschaftsteuer beseitigen will. Dieser Antrag wurde abgelehnt gegen Freisinnige, Nationalliberale und Reichsparteiler.

Nun erst kam der Hauptantrag der Agrarier, der Antrag Dietrich, an die Reihe, der die Ersetzung der Nachlaß- oder Erbschaftsteuer durch eine Wertzuwachssteuer auf Grundbesitz und Wertpapiere verlangt. Für den Antrag stimmten die vier Konservativen, acht Zentrumsmitglieder und zwei Polen, zusammen vierzehn; dagegen die vierzehn Mitglieder aller anderen Parteien. Der Antrag wurde also mit Stimmengleichheit abgelehnt.

Als vierter kam der Antrag der Wirtschaftlichen Vereinigung zur Abstimmung. Der erste Teil, der die verbündeten Regierungen zur unverzüglichen Ausarbeitung einer Wertzuwachssteuer auf Immobilien auffordert, wurde einstimmig angenommen. Der zweite Teil, der sie auffordert, in Erwägung darüber einzutreten, wie zum Ausgleich der den Grundbesitz belastenden Wertzuwachssteuer eine entsprechende Besteuerung des Zuwachses an beweglichem Kapitalvermögen erfolgen könne, wurde gegen die Stimmen der Freisinnigen angenommen.

Von dem Antrage der Freisinnigen wurde der erste Teil, der die Ausarbeitung einer Erbschaftsteuervorlage fordert, mit Stimmengleichheit, 14 gegen 14, abgelehnt, mit demselben Stimmenverhältnis wie der Antrag der Konservativen. Auch der zweite Teil, der die progressive Vermögenssteuer fordert, wurde mit 16 gegen 12 Stimmen abgelehnt. Dafür stimmten mit den Freisinnigen die Nationalliberalen und unsere Genossen.

Schließlich wurde dann auch noch der schwammige nationalliberale Antrag, der eine Erbschaftsteuer für Deszendenten und Ehegatten in unbeerbter Ehe, sowie, falls dadurch 100 Millionen nicht einkommen, für den Rest eine Wertzuwachssteuer auf Immobilien vorschlägt, abgelehnt.

Das Resultat ist also: der konservative Antrag, die Erbschaftsteuer durch die Reichswertzuwachssteuer zu ersetzen, ist abgelehnt; andererseits ist aber auch der Antrag Wiemer, an der Erbschaftsteuer festzuhalten, abgelehnt. Dagegen ist der Wirtschaftlichen Vereinigung, der die Regierung auffordert, einen Wertzuwachssteuer-Entwurf auszuarbeiten zu lassen und dem Reichstage vorzulegen, angenommen.

Was nun? Tatsächlich ist durch diese Abstimmungen die Situation noch verwirrt geworden als im November vorigen Jahres, zur Zeit der Einbringung der Sydow'schen Steuerentwürfe. Die Regierung kann, nachdem Bülow und vor wenigen Tagen erst wieder der Reichschatzsekretär die Erbschaftsteuer öffentlich als *conditio sine qua non* der Reichsfinanzreform hingestellt haben, nicht mehr auf diese Steuer verzichten. Sie würde sich heillos blamieren und die ganze Welt zum Spott herausfordern. Andererseits können aber auch die Konservativen nicht mehr zurückerweichen. Einzelne Mitglieder mögen unter Berufung auf frühere Äußerungen sich auch heute noch für die Erbschaftsteuer entscheiden, die Hauptgruppe kann es nach dieser Abstimmung und dem Beschluß des Fünfsitzer Ausschusses nicht mehr. Die beiden Hauptblätter der Agrarier, die „Kreuztg.“ und die „Deutsche Tagesztg.“ lehnen denn auch bereits jede Kompromisse ab, die darauf gerichtet ist, die konservative Partei für eine Ausdehnung der Erbschaftsteuer auf Ehegatten und Deszendenten zu gewinnen.

Die „Kreuztg.“ schreibt:
 „Die Regierungsvertreter haben in der Kommission den konservativen Antrag, soweit er für die Ausdehnung der Erbschaftsteuer auf Ehegatten und Deszendenten eintritt, entschieden abgelehnt und verharren bei dem Entschlusse, die Reichsfinanzreform nur mit dieser Form der Besitzsteuer machen zu wollen. Wie in der offiziell bedienten Presse zu lesen stand, hoffte man bis gestern abend noch, der Weitere Ausfall der konservativen Partei werde die Fraktion zum „Umfall“ zwingen, und die gouvernementalen Elemente innerhalb der Partei haben in der Tat vorher alle Anstrengungen gemacht, um den Fünfsitzer-Ausschuß in diesem Sinne zu bearbeiten. Die Verhandlungen des Ausschusses haben aber von dieser „Bewegung“ innerhalb der Partei nicht allzu viel Notiz genommen. In ruhiger und sachlicher Aussprache wurde die kritische Situation gebüh-

gewürdigt und dann ergab sich im Ausschusse eine noch viel größere Mehrheit gegen die Erbschaftsteuer, als in der Reichstagsfraktion selber. Wir haben in unserer vorigen Wochenschau die Sachlage richtig geschildert. Was wir gesagt haben, war die Ansicht der meisten Redner, namentlich auch derer, die als Nichttagorrier zu bezeichnen sind. Es ist den Konservativen heute nicht mehr möglich, sich auf Kompromisse einzulassen. Dazu ist der Kampf zu ausschließlich gegen sie gerichtet gewesen.“

Und die „Deutsche Tagesztg.“ verkündet:
 „Die Parteien, die gestern in der Kommission die sogenannte Erbschaftsteuer ablehnten, werden ihre Meinung nicht ändern; sie können es nicht, wenn sie sich nicht um das politische Ansehen und um das Vertrauen der Wähler bringen wollen. Was insbesondere die konservative Partei anlangt, so hat das bisherige Vorgehen der überwiegenden Mehrheit und des verdienten Vorstehens der Reichstagsfraktion die völlige Billigung und die warme Anerkennung des weiteren Ausschusses der Gesamtpartei gefunden. Gewisse Hoffnungen, die von den Nachlasssteuerfreunden auf diese Tagung des Ausschusses gesetzt worden waren, sind ins Wasser gefallen. Es ist unmöglich, daß nunmehr die konservative Fraktion ihren Standpunkt ändere.“

Was aber dann? Vielleicht könnte es scheinen, als brauche die Regierung die Entscheidung in der Finanzkommission nicht als entscheidend zu betrachten, als läge ihr der Weg frei, einen neuen Erbschaftsteuervorschlag auszuarbeiten zu lassen und zu versuchen, diesen dann im Plenum des Reichstages durchzuführen, da im Reichstage die Konservativen, Merkanten und Polen zusammen nur über 187 von 397 Stimmen verfügen. Aber ganz abgesehen davon, daß solche Taktik den Block unfehlbar sprengen und die Konservativen zur rücksichtslosesten Obstruktion aufpeitschen würde, verspricht sie auch keinen Erfolg; denn damit in solchem Fall die Erbschaftsteuer zur Annahme gelangte, wäre nötig, daß für diese Vorlage auch die Sozialdemokratie einträte. So sehr aber unsere Partei (dem Erfurter Programm gemäß) als Mittel zur Deckung des Reichsdefizits die Reichsvermögens-, Reichseinkommen- und Reichserbschaftsteuer empfiehlt, so wenig ist sie geneigt, der Regierung, lediglich um diese aus der Verlegenheit zu helfen, irgend eine verkümmerte, vielleicht nur 40 bis 50 Millionen Mark einbringende Erbschaftsteuer zu bewilligen und dadurch dazu beizutragen, daß die Regierung ein Steuerprogramm zu verwirklichen vermag, das den Unbemittelten zu imperialistischen Zwecken eine neue Steuerlast von 400 Millionen Mark aufladet, während die bestehenden Klassen mit dem vierten oder fünften Teil dieser Summe wegkommen. Sollte die Regierung sich der Täuschung hingeben, für solche Versuche die Hilfe der Sozialdemokratie zu erlangen, so können wir ihr von vornherein sagen, daß sie sich falsch kalkuliert.

Die Leitung der Freisinnigen Volkspartei betrachtet denn auch den Karren als heillos festgefahren und rechnet bereits mit der

Auflösung des Reichstages.
 Sie erläßt in freisinnigen Blättern folgenden Aufruf.

„Ernst Entscheidungen stehen bevor. Die Steuerkommission des Reichstages hat die Anträge auf Ausbau der Erbschaftsteuer erneuert abgelehnt. Namens der verbündeten Regierungen ist die Erklärung abgegeben, daß die Reichsfinanzreform ohne eine ausreichende Erbschaftsteuer nicht zustande kommen kann. Die Konservativen haben im Grunde mit dem Zentrum und den Polen alle Anträge der liberalen Parteien zu Fall gebracht, die eine gerechte und gleichmäßige Heranziehung des Besitzes erstreben. Die weitere Entwicklung führt zu schweren Kämpfen, vielleicht

zur Auflösung des Reichstages.
 Wir empfehlen, auf den bevorstehenden Parteitag und in den sonstigen Parteiversammlungen im Einklang mit der Haltung der Reichstagsfraktion einmütig und entschieden zum Ausdruck zu bringen, daß die Freisinnige Volkspartei für eine baldige und gründliche Reform der Reichsfinanzen eintritt und zur Mitarbeit bereit ist, daß sie aber eine ausreichende Vermögensbelastung durch den Ausbau der Erbschaftsteuer als unabwiesbare Vorbedingung für das Zustandekommen der Reform erachtet und jeden Versuch, bei der Reichsfinanzreform agrarische Sonderinteressen zur Geltung zu bringen, als eine Gefährdung des für die Zukunft des Reiches entscheidenden Wertes zurückweist.

Berlin, den 1. Mai 1909.
 Der Geschäftsführende Ausschuß der Freisinnigen Volkspartei:
 Woll. Fischel. Kund. Günther-Blauen. Gylking. Raempf. Ropyk. Dr. Müller-Reinigen. Schmidt-Eberfeld. Traeger. Dr. Wiemer.

Auch in der konservativen Partei scheint man eine Reichstagsauflösung nicht für ganz unmöglich zu halten, denn auch der „Weiterer Vorstand“ (Fünfsitzer-Ausschuß) dieser Partei schießt sich veranlaßt, einen das Verhalten der konservativen Reichstagsfraktion entschuldigenden Aufruf an die konservativen Wähler zu richten.

Die gesamte konservative Partei im Deutschen Reich war von Anfang an darin einig und ist es auch heute noch: daß das große nationale Werk der Reichsfinanzreform, auf dem unferes Vaterlandes finanzieller und politischer Bestand beruht, in den Grenzen und Formen zustande gebracht werden muß, die mit unseren wirtschaftlichen Lebensinteressen, der finanziellen Selbst-

Einigkeit der Einzelstaaten und unserer Grundrassen nur irgend vereinbar sind.

Demgemäß haben unsere Berufenen Vertreter im Parlament auch gehandelt. Sie haben allen Steuerorschlägen der verbündeten Regierungen, so tief sie zum Teil einschneiden in die Erwerbsinteressen der von uns vertretenen Bevölkerung, zugestimmt ohne irgend eine Klasse zu bevorzugen. Nur in einem Punkt wünschten wir Abweichendes:

Eine Ausdehnung der Erbschaftsteuer auf Kinder und Ehegatten, wie sie von den verbündeten Regierungen geplant ist, müssen wir gemäß oft gefassten Beschlüssen ablehnen, weil sie

eine Vermögensbesteuerung, deren Steigerung und Ausbau mit Sicherheit in der Zukunft zu erwarten ist, im schwersten wirtschaftlichen Momente darstellt,

weil sie geeignet ist, den Sinn für Erhaltung des Besitzes, den Erwerbs- und Spartrieb der für die Zukunft der Familie forgernden Bevölkerung zu beeinträchtigen,

weil sie offensibare Bevorzugungen des beweglichen Vermögens mit sich führt und

weil sie endlich zur Hebung kommt gegenüber Personen, die ihrer Natur nach weniger fähig sind, ihre berechtigten Interessen gegenüber der fordernden Behörde wahrzunehmen.

Unsere parlamentarischen Vertreter haben vollen Erfolg für eine solche Steuer durch andere, vorzugsweise den Besitz treffende Ergänzungsteuern geboten und sie hoffen, die Mehrheit des Reichstags auf solche ähnliche Vorschläge zu einigen.

So waren wir und sind wir bereit, unsere politischen Pflichten in vollem Maße zu erfüllen.

Eine verbühende Agitation im Lande aber tut seit Wochen, als sähe sie das nicht und beschuldigt uns des strafbaren Eigenmutes im Interesse einzelner, böswilliger Verkennung unserer politischen Pflicht, während wichtige Reichsinteressen auf dem Spiele stehen und öffentliche Verschleppung der Verhandlungen.

Wir fragen, welche Partei hat stets auf größte Verschleppung der Kommissionsarbeit hingewirkt? Die unsrige.

Wer hat fast alle Steuern abgelehnt oder aufs gräßlichste eingeschränkt, so daß schließlich fast nichts übrig bleibt? Nicht wir, sondern andere Parteien! Und eben diese verzweigen auch jetzt ihre Zustimmung zu den indirekten Steuern. . . .

Keinmal war es konservative Art, unseren berufenen Vertretern die Gefolgschaft zu verweigern, fahnenflüchtig zu werden gegenüber kritischer Entscheidung!

Es ist in der Tat eine ernste Stunde für unsere Partei.

Wählen wir unerschütterlich fest bei dem als richtig Erkannten. Halten wir treu und geschlossen unsere Reihen zusammen im Kampfe mit den gegnerischen Interessen. . . .

Wir glauben noch nicht recht an die Reichstagsauflösung, so gründlich auch der geniale vierte Kanzler, den eine tiefliche Laune des Geschicks statt zum Balletmeister zum Leiter der deutschen Politik bestimmt hat, sich mit seiner Reichsfinanzreform festgefahren hat. Für weit wahrscheinlicher halten wir eine Vertagung des „großen“ vaterländischen Reformwerks und die vorläufige Deckung der notwendigen Ausgaben durch eine Anleihe. Aber bitter ernst ist unbedingt die Lage, und auf alle Fälle gilt es, die nötigen Vorbereitungen zum Wahlkampf zu treffen.

Selbst die noch bis vor kurzem recht optimistische „Nordd. Allgem. Ztg.“ blüht finster in die nächste Zukunft und spricht von „unberechenbaren Folgen“.

„Was die verbündeten Regierungen von Anfang an betont hatten, daß es unmöglich wäre, im Rahmen des Bundesstaates für das Reich eine andere allgemeine Steuer auf den Besitz zu finden als die Erbschaftsteuer auf Kinder und Ehegatten, hat sich als richtig herausgestellt. Damit ist zugleich die absolute Notwendigkeit gegeben, diese Steuer selbst festzuhalten und sie aller Schwierigkeiten und Widerstände ungeachtet zur Annahme zu bringen. Namens der verbündeten Regierungen hat der Reichsfinanzsekretär in der Kommissionsberatung vom Donnerstag erklärt, daß ohne eine derartige Erweiterung der Erbschaftsteuer auf Defizienten und Ehegatten die Reichsfinanzreform nicht gemacht werden würde und nicht gemacht werden könne. Durch diese Erklärung ist die feste Grundlage gegeben, mit der alle politischen Parteien für die nächste Zeit zu rechnen haben werden.“

Die Lage ist bitter ernst. Die Finanzreform, die eine vom deutschen Volke mit größter Entschiedenheit geforderte unaufschiebbare Notwendigkeit bedeutet, ist trotz immer wiederholter Anläufe und Versuche während der letzten sechs Monate im Parlament nicht weiter gekommen. Im ganzen genommen sind wir nicht wesentlich weiter als Anfang November. Der Sommer steht vor der Tür. Die Reform muß jetzt erledigt werden. Das Volk verlangt es vom Reichstag. Das Ausland blickt mit Spannung auf uns. Die baldige Erledigung ist zur nationalen Ehrensache geworden. Entzieht sich die Mehrheit des Reichstages dieser Aufgabe, so sind die Folgen unersprechbar.“

Im Anschluß an obige Situationsdarstellung lassen wir nachstehend den Bericht über die am Sonnabend abgehaltene

Sitzung der Finanzkommission

folgen.

Erster Redner war:

Herold (Zentr.).

Er tritt nochmals für die Wertzuwachssteuer ein, die namentlich in der Provinz Westfalen erhebliche Beträge bringen wird, und bestreitet, daß die Höhe eine erhebliche Erhöhung des Wertes landwirtschaftlichen Besitzes herbeiführt haben. Die Steigerung der Wertpapiere hängt vielmehr, als wie die des Grundbesitzes, von den staatlichen Verhältnissen ab. Eine Rede des Reichskanzlers im Reichstage könne die Kurse ohne weiteres in Bewegung bringen. Die Erbschaftsteuer sei keineswegs populär. Wenn der Reichstag aufgelöst werde, komme das Zentrum verstärkt wieder. Es werde sich zeigen, daß die Steuerparole des Zentrums die angestrebtere sei. Ob der Kanzler in seinem Palast Steuerm demonstrationen veranstalte, oder ob die Sozialdemokratie auf der Straße demonstrieren, das komme auf eins hinaus. Das Zentrum werde sich von seinem Wege nicht abbringen lassen. Daß die Finanzreform verschleppt worden sei, sei allein Schuld der Regierung.

Schatzsekretär Sydow

wendet sich scharf gegen diesen Vorwurf. Die Regierung habe bisher fast alle gewünschten Steuern in die Form von Gesetzentwürfen gekleidet, meist aber seien sie abgelehnt worden. Die Regierung lehne jeden Vorwurf ab. Die vielen Unterschriften gegen die Erbschaftsteuer betrafen gar nichts, denn diesen Unterschriften könne eine weit größere Zahl solcher für die Erbschaftsteuer entgegengesetzt werden.

Abg. v. Richtigsen (L.)

geht auf die Vorgeschichte des Besitzsteuerkompromisses ein. Das Kompromiß hätte zur Voraussetzung gehabt, daß 400 Millionen Mark indirekter Steuern bewilligt würden. Das sei nun zweifelhaft geworden durch die Haltung der Freisinnigen. Damit sei das

Besitzsteuerkompromiß als gescheitert zu betrachten. Die Konservativen handelten nur konsequent, wenn sie 100 Millionen direkte Steuern bewilligen wollten, die Erbschaftsteuer aber ablehnten.

Abg. v. Starynski (Wost.)

erklärt sich, ohne mit allen Einzelheiten einverstanden zu sein, für den konservativen Antrag.

Abg. Dr. Weber (nall.)

hebt hervor, daß auch der in der Debatte empfohlene Umsatzstempel auf Wertpapiere von einer lähmenden Wirkung auf Handel und Verkehr sein müßte. Der eventuelle Ausfall einer Neuwahl könne die Nationalliberalen in ihrer Haltung nicht beeinflussen. Branntweinmonopol und Vandalensteuer seien nicht nur von den Nationalliberalen, sondern auch vom Zentrum abgelehnt worden.

Abg. Dr. Wiemer (fr. Sp.)

polemistert gegen die Abgg. v. Richtigsen und Herold. Die Freisinnigen wünschten eine starke Haltung der Regierung in der Frage der Erbschaftsteuer. Im Plenum sei keineswegs eine Mehrheit gegen die Erbschaftsteuer vorhanden, deshalb sei es nötig, daß die Regierung fest bleibe. Das Zentrum habe früher durch den Abg. am Jahnhoff selbst eine Erbschaftsteuer verlangt. Und auch in konservativen Kreisen mehrten sich die Stimmen für eine Erbschaftsteuer. Die Gegnerlichkeit gegen die Erbschaftsteuer im Lande draußen sei lediglich die Folge einer unerhörten, maßlosen Agitation.

Abg. Müller-Gulda (Zentrum)

befähigt den konservativen als „Unbeteiligter“, daß sie sich stets konsequent gehalten seien. Auch das Zentrum in Bayern habe sich gegen die Erbschaftsteuer erklärt. Redner wendet sich dann gegen die Einwände, die gegen die Wertsteuer erhoben worden sind.

Finanzminister v. Rheinbaben

beharrt bei seiner Auffassung, daß die konservative Schätzung des Ertrages der Wertzuwachssteuer in mittleren Städten sehr übertrieben sei. Das trifft besonders auf die Städte im Osten zu. Er sei kein prinzipieller Gegner der Wertzuwachssteuer. Diese Steuer dürfe aber den Gemeinden nicht weggenommen werden.

Abg. Dr. Rosfeld (Vaterländischer)

verteidigt die in dem konservativen Antrag aufgestellte Berechnung, die sich auf amtliches Material stütze. Er habe 700 Großstädte mit mehr als 100 000 Einwohnern in Deutschland gezählt. (Zurufe: So viel gibts ja gar nicht.) Redner beruft sich bei seinen Ausführungen wiederholt auf Richard Calwer.

Bei den weiteren Ausführungen des Redners legt eine allgemeine Unterhaltung ein, so daß der Redner teilweise überhaupt nicht mehr verstanden wird. Seine Auslassungen gipfeln in dem Verlangen, die Regierung möge ihre ablehnende Haltung gegenüber der Wertzuwachssteuer auf Wertpapiere aufgeben.

Abg. Wommsen (fr. Sp.)

nagelt die Art fest, wie die Agrarier mit den Jählen spielen. Dr. Rosfeld habe von 700 Städten mit über 100 000 Einwohnern gesprochen, in Wirklichkeit hat Deutschland nur 44 Städte in dieser Größe. Seine weiteren Ausführungen beziehen sich auf die Art des Konjunkturgesetzes. Das Zentrum unterstütze den konservativen Antrag nur aus politischen Gründen.

Nach weiterer unweilendlicher Debatte erfolgt die Abstimmung.

Der sozialdemokratische Antrag wird in seinem ersten Teile gegen die Stimmen der drei Sozialdemokraten abgelehnt.

Der Antrag Haffeldt, aus dem konservativen Antrag den Passus zu streichen, wonach die Wertzuwachssteuer als Ersatz der Erbschaftsteuer gelten soll, wird abgelehnt, ebenso der Antrag der Konservativen.

Der Antrag der Wirtschaftlichen Vereinigung:

1. Ohne Verzug eine Gesetzesvorlage auszuarbeiten, die eine Besteuerung des Wertzuwachses von Immobilien vorsieht;
2. in Erwägung darüber einzutreten, wie zum Ausgleich der den Grundbesitz belastenden Wertzuwachssteuer eine entsprechende Besteuerung des Zuwachses am beweglichen Kapitalvermögen erfolgen könne,

wird angenommen.

Alle anderen Anträge werden abgelehnt.

Abg. Dr. Wiemer (fr. Sp.) und Abg. Dr. Weber (nall.) erklären ihre weitere Mitarbeit von den Beschlüssen ihrer Fraktionen abhängig machen zu müssen.

Der sozialdemokratische Antrag, sofort die Erbschaftsteuer weiter zu beraten, wird gegen zehn Stimmen abgelehnt.

Die Ereignisse in der Türkei.

Die Jungtürken scheinen die Absicht zu haben, Abdul Hamid für seine Untaten zur Rechenschaft zu ziehen. In der Tat kann es ihrer Sache nur nützen, wenn durch einen öffentlichen Prozeß aktenmäßig alle Schandthaten des Despoten ans Licht der weitesten Öffentlichkeit gebracht werden und dadurch jede reaktionäre Agitation zugunsten des gestürzten Sultans außerordentlich erschwert wird. Denn solange Sultan Abdul Hamid lebt, wird sein Name der Kompromiß aller, die sich gegen die jungtürkische Herrschaft erheben wollen, und in Kleinasien namentlich ist die Position der Jungtürken so schwach, daß die Schonung Abdul Hamids ihnen doch als ein allzu großes Wagnis erscheinen muß. So hat man es wohl nur als Vorbereitung für das geplante Verfahren anzusehen, wenn jetzt die Anklagen gegen Abdul Hamid bestimmter formuliert werden. Diese gehen dahin, daß der gestürzte Sultan die Absicht gehabt habe, am vergangenen Sonnabend durch Kurden und aufständische Soldaten Mezeleien unter Griechen und Armeniern herbeiführen zu lassen, um eine Intervention der Mächte und eine Besetzung Konstantinopels zu veranlassen, weil er hoffte, unter dem Schutze der Mächte auf dem Throne bleiben zu können. Dies sei die Ursache gewesen, daß der Einmarsch der Belagerungstruppen bereits am Sonnabend erfolgte. Dies hätte die kriegsgerichtliche Untersuchung ergeben, die gegen viele im Hilfig angestellte Personen, gegen Geistliche und Soldaten geführt wird. Es ist also die Beschuldigung des Hochverrats, der Konspiration mit dem Auslande gegen das eigene Volk, die da erhoben wird; dieselbe Anklage, die Ludwig XVI. auf das Schafott geführt hat. Schon wird auch gemeldet, daß die Leitung der mazedonischen Truppen sowie andere maßgebende Faktoren sich jetzt mit der Frage der Verschlagnahme des größten Teils des Vermögens Abdul Hamids beschäftigen, welches zweifellos den Staatskassentennommen sei.

Nach alledem scheint über das Schicksal des gefangenen Autokraten das letzte Wort dem Revolutionsgericht vorbehalten zu sein.

Fortdauer der Verhaftungen!

Konstantinopel, 1. Mai. In den Provinzen, wo die Herrschaft des jetzigen Regimes befestigt ist, dauern die Verhaftungen und die Nachforschungen nach reaktionären Geistlichen und Sendlingen und nach sonstigen gefährlichen Elementen fort. In anderen Provinzen, wo die Lage noch ungeläutet ist, beschränkt man sich auf Überwachung.

In einer Bekanntmachung dankt Mahmud Scherif Pascha im Namen der Armee den Klemas für die Verübung der Gemüter, durch die die Operation der Armee und die Konsolidierung der Verfassung erleichtert würden.

Die Arbeit des Kriegsgerichts.

Konstantinopel, 1. Mai. Wie die Stäter melden, verurteilt das Kriegsgericht bisher neun Personen zum Tode, unter ihnen den Mörder des Justizministers Ragim Pascha. Etwa zweihundert Angeklagte wurden freigesprochen. Das Kriegsgericht dürfte in einer Woche seine Tätigkeit beenden.

Eine gestern in Stambul aus Erzerum eingegangene Depesche meldet die Abberufung des Generals Jusuf wegen der letzten dortigen Soldatenrevolte, wobei zweihundert fünfzig jungtürkische Offiziere verjagt wurden.

Eine Meuterei der Marinesoldaten.

Konstantinopel, 2. Mai. Heute nacht haben in Pera etwaa hundert Marinesoldaten, deren Dienstzeit zu Ende ist, gemeutert und ihre Entlassung gefordert unter Hinweis auf ihnen zugegangene Briefe, die die kritische Lage in ihrer Heimat schildern. Das Marineministerium wurde darauf von Artillerie, Infanterie und Kavallerie umzingelt. Auf Zureden von Razi Bey ergaben sich schließlich die Meuterer. Sie wurden unter Eskorte nach Stambul abgeführt.

Die Kammer über die Mezeleien.

Konstantinopel, 1. Mai. Die Kammer verhandelte heute in stürmischer Debatte über die Unruhen in Adana. Mehrere armenische Abgeordnete griffen auf das heftigste die Regierung an. Ministerin der Niedermezeleien an. Zubrag (Armenier) führte aus, die Mezeleien hätten ihre Verbrechen unter den Kufen: Hoch Abdul Hamid begangen. Der Unterstaatssekretär des Innern verteidigte die Regierung und verlas Briefe der Behörden aus Adana, in denen die Armenier als angreifender Teil bezeichnet werden. Das Haus beschloß, die Regierung aufzufordern, einen Kredit von 20 000 türkischen Pfund zur Unterstützung der Hinterbliebenen der Opfer in Adana zu bewilligen und unweilendiglich ein Kriegsgericht nach Adana und Aleppo zu senden, um die Schuldigen zu bestrafen.

Mißstimmung gegen das Kabinett.

Konstantinopel, 2. Mai. In der heutigen Kammer Sitzung teilte der Präsident mit, das Kabinett werde sich Mittwoch oder Donnerstag in der Kammer einfinden. Auf Ersuchen Mahmud Scherif Paschas ernannte das Haus zwei Kommissionen, welche der Inventuraufnahme im Bildizpalast und der Prüfung der dort vorgefundenen Papiere betrautet seien. Auf Antrag des Abgeordneten Kall (Brieche) beschloß das Haus, der mazedonischen Armee seinen Dank für das Befreiungswerk auszudrücken. Ein Antrag, den Bildiz in ein Museum umzuwandeln, wurde abgelehnt. Im weiteren Verlaufe der Sitzung verhandelte die Kammer über das Landstreichergesetz, das in zweiter Lesung angenommen wurde.

In den Wandelgängen war eine deutliche Mißstimmung gegen das Kabinett bemerkbar. Jungtürkische Abgeordnete trügen, daß der Kammerpräsident bei der Bildung des Kabinetts nicht zu Rate gezogen worden sei. Es verlautet, daß die Demission des Kabinetts bevorstehe, da für ein Vertrauensvotum keine Mehrheit vorhanden sei. Für das künftige Kabinett werden Hilmi Pascha als Großwesir und Herid Pascha als Minister des Innern genannt. Achmed Riza Pascha soll beabsichtigen, eine längere Europareise anzutreten.

Die türkischen Frauen.

Konstantinopel, 1. Mai. Die türkischen Frauen, die während des letzten Monats sehr unterdrückt worden waren, begannen wieder Emanzipationsversuche zu machen. Die Sektion der Damen des Komitees für Einheit und Fortschritt veranstaltete morgen einen Trauergottesdienst für die am 24. April gefallenen Offiziere und Soldaten. —

Politische Uebersicht.

Berlin, den 2. Mai.

Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus.

Selbst die Erwählten des Dreiklassenparlamentes haben den 1. Mai zum größten Teil durch Arbeitruhe gefeiert. Von den 443 Gesetzgebern der zweiten preussischen Kammer waren, wie die Auszählung des Hauses ergab, sage und schreibe 188 anwesend, während die übrigen durch Abwesenheit glänzten. Worum auch nicht, eine wirtschaftliche Schädigung haben sie nicht zu fürchten, da die Diäten trotzdem weitergezahlt werden.

Anlaß zu der Auszählung des Hauses, dem sogenannten Hammelsprung, gab ein nationalliberaler Antrag, die Wahl des Abgeordneten Dr. Wendlandt, die die Wahlprüfungskommission für ungültig erklärt hatte, an die Kommission zurückzuverweisen. Für die Zurückverweisung stimmte nach längerer Debatte die gesamte Linke und das Zentrum, während die beiden konservativen Parteien dagegen stimmten. Obwohl die Beschlussfähigkeit des Hauses konstatiert war und die Sitzung infolgedessen abgebrochen werden mußte, wurde in einer sofort anberaumten neuen Sitzung der Antrag auf Zurückverweisung zur nochmaligen Abstimmung gebracht und nun für angenommen erklärt. Zwar waren eher noch weniger Abgeordnete zugegen als in der ersten Sitzung, aber eine Zweimeitlung der Beschlussfähigkeit des Hauses ist entgegen den Gepflogenheiten des Reichstages nach der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses unzulässig. Auf diese Weise ist es möglich, selbst bei offensichtlicher Beschlussfähigkeit Abstimmungen vorzunehmen und unter Umständen auch wichtige Beschlüsse zu fassen, die für die Allgemeinheit von großer Bedeutung sind.

In der zweiten Sitzung setzte das Haus die Beratung des Etats des Kultusministeriums fort. Im Mittelpunkt der Debatte stand die Erörterung des Falles Kublenbeck, der kürzlich schon den Reichstag beschäftigt hat. Zwar suchte der Dezerent für die Universitäten Geheimrat Elster den Laufener Professor von jeder Schuld reinzuwaschen und ihn den Fakultäten der preussischen Universitäten für eine eventuelle Anstellung in empfehlende Erinnerung zu bringen, aber der freisinnige Prof. Dr. v. Liszt häufte ein so gewaltiges Material gegen Kublenbeck auf, daß er, selbst wenn er einmal irgendwo in Preußen sich habilitieren sollte, als abgetaner Mann

betrachtet werden dürfte. Bis jetzt wies schlagend nach, daß die wissenschaftliche Bedeutung Kuhlens, von der der Regierungsvorsteher gesprochen hatte, nur eine Legende ist, daß Kuhlens wissenschaftlich überhaupt nicht ernst genommen werden kann, daß er sich durch Mangel an Takt auszeichnet, mit der Wahrheit auf sehr gespanntem Fuße steht und seinen Kollegen die Hörer abzugeben gesucht hat. Trotz aller Bemühungen gelang es den Herren von der Rechten nicht, diese schweren Angriffe zu entkräften. Es ist charakteristisch, daß solche Leute nach Ansicht der Behörden den preussischen Universtitäten noch zur Fierde gereichen, während Dozenten, deren wissenschaftliche Leistungen ebenso über jeden Zweifel erhaben sind wie die Lauterkeit ihres Charakters, nur wegen ihrer sozialdemokratischen Gesinnung von den Universtitäten verjagt werden. Zur Ehre dürfte das dem preussischen Staat gerade nicht gereichen.

Aus der sonstigen Debatte ist das Verlangen der Konservativen nach Förderung der Kolonialprofessuren und nach Vorsicht bei der Auswahl der Professoren für Sozialwissenschaft hervorzuheben. Man sieht hieran wieder, wie sehr die herrschenden Gewalten in Preußen bestrebt sind, die Universtitäten ihres wissenschaftlichen Charakters zu entkleiden und sie zu Pflanzstätten einer hurrapatriotischen Gesinnung zu machen.

Die Debatte wird am Montag fortgesetzt.

Ausfall der Plenarsitzungen des Reichstages?

Die Finanzkommission des Reichstages will angeblich am Dienstag an den Senatorenkongress mit dem Ersuchen herantreten, ihr den ganzen Rest der Woche für ihre Verhandlungen freizugeben, so daß alsdann bis auf weiteres die Plenarsitzungen auszufallen haben würden.

Korrekte und entschlossene Vertretung.

Die „Konkord. Korresp.“ veröffentlicht über die letzte Sitzung des „Rückfänger-Ausschusses“ der konservativen Partei folgende Mitteilung:

Der am 30. April im Herrenhause unter dem Vorsitze des Herrn Landesdirektors Freiherrn v. Mantuffel versammelte weitere Vorstand (50er-Ausschuss) der konservativen Partei, dem Vertreter aller deutschen Bundesstaaten, der preussischen Provinzen, des Reichstages und beider Häuser des preussischen Landtages angehören, sah mit großer Mehrheit (mit 38 Stimmen gegen 7 Stimmen bezw. Stimmenthaltung) folgenden Beschluß:

1. Der weitere Ausschuss der konservativen Partei steht hinsichtlich der Reichsfinanzreform auf dem Boden der Beschlüsse des engeren Ausschusses vom 22. d. Mts.
2. Er spricht der konservativen Fraktion des Reichstages, vor allem ihrem bewährten Führer, Herrn v. Kormann, für die korrekte und entschlossene Vertretung des konservativen Standpunktes in der Frage der Reichsfinanzreform den Dank und die Anerkennung der Gesamtpartei aus.

Die mißverständene Gratulation.

Wilhelm II. hat sich seitdem ihm — seit den Novembertagen — die wohlwollende Beihilfe der offiziellen Presse fehlt, bleibt der Erfolg verlagert. Vergebens tritt er jetzt viel spärlicher an die Öffentlichkeit, um seinen Kundgebungen wenigstens einen Scheinwert zu geben. Auch dieser Wert wird nicht anerkannt. Wie scharf wurde gerade in Blättern, die sonst dem Königs-kreuzen Willen so gefällig sind, die Adolphi-Depesche verurteilt. Auch der neueste politische Akt des persönlichen Regiments findet kein Lob, obwohl doch eigentlich an Gerlacharbeiten — Wilhelm II. lebt ja, soviel wir wissen, seit längerer Zeit in Korfu — sonst mit Recht ein mißlicher Nachschab angelegt wird. Alles, was für die kaiserliche Politik getan worden ist, war, daß man den Inhalt des letzten Telegramms und seine Wertung nicht durch das offizielle Telegraphenbureau verbreiten ließ.

Es handelt sich natürlich um eine Glückwunschdepesche, und zwar an den neuen Zaren von Bulgarien. Der hat zu seiner Unabhängigkeitserklärung von dem kaiserlichen Monarchen Glückwunschkommunikationen bekommen. Aber die des deutschen Kaisers allein hat großen Unmut erweckt, was bei einer Glückwunschdepesche ja allerdings nicht in Ordnung ist. Das erklärt sich aber daraus, daß dieser Glückwunsch also anhebt: „In der Gewissheit, daß Deine Regierung in loyaler Weise für die Sicherheit der deutschen materiellen Interessen an der Neuordnung der Orientbahnfrage einsteht, habe ich“ usw.

Die Bulgaren sind über diese originelle Verbindung von Glückwunsch und Zahlungsbauherberung ungehalten, und die offizielle „Bremse“ schreibt sehr unliebenswürdig:

„In dem wir dem Fürsten Wilow überlassen, die Loyalität seines Herrn einzuführen, erklären wir, daß die Bulgaren ein Kulturvolk sind, das mit Recht mehr Loyalität und Höflichkeit für sich beansprucht. Bulgarien hat für die Orientbahnen einen unabhängigen Preis zugezahlt, und wenn die Frage bis heute nicht geregelt ist, so liegt die Schuld nur an dem loyalen Europäer und dem schlauen Asiaten, die sich nicht darüber verständigen können, wer von der ganzen Summe eine oder zwei Millionen mehr herauszuschlagen kann.“

Die übrige Presse schreibt ebenso scharf, und Wilhelm II., der gratulieren, also höflich sein wollte, hat nun wieder einmal das Gegenteil von dem erreicht, was er beabsichtigt hat. Jetzt gelingt aber nicht einmal mehr eine Gratulationsdepesche! Es sind wirklich schlechte Zeiten für das persönliche Regiment.

Der Eisenfest.

Fürst Wilow wird am 3. Mai 60 Jahre. Die „Neue Gesellschaft. Korresp.“ feiert ihn aus diesem Anlaß folgendermaßen:

Daß Fürst Wilow ein geistvoller Causur, ein Mann von raffiniertester Bildung und ausgebreiteter Kultur, ein geschickter Diplomat und von den lebenden Staatsmännern der fähigste ist, wird selbst von seinen Feinden zugegeben. Die Zahlreichen, die ihn für den weichen, ewig lieblichen, lächelnden Salonpolitiker halten, sind Freunde, meist Menschen, die ihn nie beobachtet haben, niemals beobachten konnten wie seine Werke entstanden. Unter den urbanen Formen seines konstanten Wesens, das jedem gern ein freundliches Wort gönnt, eine kleine Aufmerksamkeit erweist, steckt eine stählerne Persönlichkeit von festem Willen. Die Mäse und Diplomaten, die unter seiner Leitung arbeiten, spüren an ihren Nerven die harte Hand des nervenlosen Chefs. Er ist, wie alle starken Persönlichkeiten, die ohne Rücksicht auf sich selbst arbeiten, ein großer, Menschenverbraucher. Und wenn er bei einer Unterhaltung über eine aktuelle Frage der großen Politik die Worte sprach: „Wenn die Ehre und das Wohl des Landes es erfordern, lasse ich hunderttausend über die Klänge springen“, so war das keine Uebersetzung, bei deren Durchführung ihm keine Träne käme. Das mögen sich die Erfinder der famosen „Schloßhundburleske“ merken. Sentimentalität ist bei ihm nicht zu finden.

Woraus hervorgeht, daß die Erfinder der Schloßhundburleske es noch immer besser mit dem Fürsten Wilow gemeint haben als der schreckliche Schmock, der ihn für lapabel hält, 100 000 Menschen umzubringen. Da glauben wir noch eher, daß Wilow, wenn er nur ein bißchen Kultur hat, doch

„wie ein Schloßhund“ zu heulen anfangen wird aus Duf, durch diese Uebertreibungen so lächerlich gemacht zu werden.

Koloniale Kinderausbeutung.

In den „Bremer Nachrichten“, einem „liberalen“ Organ, lesen wir:

Aus Soga (Plantage „Brema“) Deutsch-Ostafrika wird uns geschrieben: „In Ihrer Zeitung steht so viel über die dortigen Schulen und Lehrer geschrieben, vielleicht stellen Sie dem kleinen Abdallah aus dem Innern von Deutsch-Ostafrika auch ein kleines Plätzchen zur Verfügung. Er erzählt Ihnen: Ich heiße Abdallah V., der fünfte werde ich genannt, da außer mir noch vier Arbeiter die Abdallah heißen, auf derselben Plantage arbeiten, und ich der kleinste von allen bin. Ich bin 5 1/2 Jahre alt, und wenn morgen kaum der Tag graut, dann gehe ich zu meinem Vana, wird in Suaheli Swanda geschrieben, zur Arbeit. Fast ist es um 5 Uhr noch dunkel, wenn alle Arbeiter auf der Sammelstelle versammelt sind, aber wenn uns unser Vana zur Arbeitstelle gebracht, dann geht auch schon die Sonne auf, die hier sehr schnell aufgeht. Meistens müssen wir Kinder Unkraut aufsuchen und wegtragen, welches die großen Arbeiter ausheben, oder Baum-ausschlag mit großen Messern abschlagen, und in letzter Zeit haben sich sehr viele kleine schwarze Käfer auf die jungen Gummi-bäume und Baumwolle gesetzt, die wir einsammeln müssen; neulich hatte ich von 40 Kindern die meisten, eine ganze Flasche voll gesammelt, wofür mir die Bibi, Vana's Frau, ein Stück Zucker gegeben hat. Arbeiten müssen wir von morgen früh bis nachmittags um ein Viertel vor 4 Uhr. Eine Frühstückspause und Mittagspause kennen wir nicht, auch esse ich nichts, wenn ich früh von Hause weggehe, nur Wasser gibt uns unser Vana während der Arbeitszeit, das wir sehr viel trinken, weil es hier sehr heiß ist. — Wenn 1/2 vor 4 Uhr die Glocke geschlagen wird, dann ist ein großes Freudengetöse und wir versammeln uns alle wieder auf der Sammelstelle, hier erhält dann jeder großer Arbeiter 1 1/2 Pfd. Reis und jedes Kind ein Pfund. — Dann gehe ich zu meiner Mama, die mir den Reis kocht, aber allein darf ich ihn nicht alle essen, ich muß meinen Geschwistern etwas davon abgeben. Jeder Arbeiter, wenn er zum ersten Male zur Arbeit geht, erhält eine Arbeitskarte, worauf 30 Felder gezeichnet sind, diese Karten müssen wir jeden Morgen abgeben, und wenn wir sie abends zurückbekommen, ist eine Pflanze in ein Feld getragen. Ist meine Karte ganz voll gezeichnet, dann bekomme ich meinen Lohn, 4 Mark. Aber wenn die Karte halb voll ist, darf ich mir auch schon auf Vorlauf ein Pfund für 30 Pf. und ein Hästentuch für 30 Pf. kaufen, das ich dann Sonntag trage. Wenn ich zur Arbeit gehe, trage ich nur ein altes Hästentuch, eine Mütze habe ich nicht — habe ich meinen Lohn erhalten, dann erlaubt mir meine Mama, daß ich vierzehn Tage nicht zur Arbeit gehe und summele ich dann mit anderen Kindern im Urwald. Zur Schule kann ich nicht gehen, weil hier keine ist, aber bis dreißig kann ich schon zählen. Bin ich auch nicht so klug und so fein wie die Kinder in Deutschland, so verdiene ich doch so viel, daß meine Geschwister und ich zu essen haben.“

Jeder anständige Mensch wird diesen „Brief“ des fünfjährigen mit Empörung lesen. Das freisinnige Jammerblatt hat natürlich auch nicht das leiseste Wort des Tadels. Das Ganze klingt übrigens wie eine blutige Satire auf die Kinderausbeutung. Eine eiffländige Arbeitzeit für noch nicht einmal schulpflichtige Kinder! Ohne Pause! Mit einem durchschnittlichen Stundenlohn von 1/2 Pfennig und ein paar Reichsmärkchen! Natürlich keine Schule! Mit welchem Reiz werden unsere Agrarier und Schlotborone nach Deutsch-Ostafrika blicken! Sicher sind der Vana (Herr) und seine Bibi sehr gottesfürchtige und künigstreue deutsche Patrioten, redlich der Elbe aufgewachsen. Besonders die Bibi ist doch ein Goldschöpf. Man denke: ein richtiges ganzes (nicht etwa nur ein halbes!) Stück Zucker gibt dieses Genüt einem unter 40 Kindern! Und der großmütige Vana gibt ihnen auch noch Wasser — man denke, unverfälschtes Wasser. Das Ganze heißt dann: Christentum, Humanität und Kultur zu den Wilden tragen.

Der Casablanca-Zwischenfall.

Im Haag fand am 1. Mai die Eröffnungssitzung des Schiedsgerichts für den Casablanca-Zwischenfall statt. Ober-schiedsrichter Hammeslöjeld, Gouverneur von Uplala, hielt eine Rede, in der er hervorhob, die Zahl der Rechtsfälle, die dem Schiedsgerichte unterworfen würden, wachse immer mehr an und umfasse nicht nur wirtschaftliche und technische Fragen, sondern auch Streitfälle, welche die Interessen höherer Art betreffen, die die Aufgabe der Schiedsrichter schwierig und verantwortungsvoll machen. Von den Sitzungen wird nur die Schlußsitzung zur Verlesung der Entscheidung öffentlich sein.

Ein Ungeheuer!

Das Kriegsgericht in Dresden beurteilte am Sonntag nach geheim geführter Verhandlung den Witzfeldwebel Schwarz vom 177. Infanterieregiment in Freiberg wegen Sittlichkeitsverbrechen in 2 Fällen in Tateinheit mit Körperverletzung, Betruges und Beleidigung zu 8 Jahren 6 Monaten Zuchthaus, Degradation, Verweisung in die 2. Klasse des Soldatenstandes, Entfernungs aus dem Heere und 5 Jahren Ehrenrechtsverlust. Beantwortet waren 6 Jahre Zuchthaus. Der Angeklagte hatte sich an zwei kleinen Mädchen im Alter von sechs und acht Jahren vergangen und das längere mit einer ekelhaften Krankheit angesteckt. Der „Stellvertreter“ ist verheiratet und Vater von zwei Kindern.

Frankreich.

Die Postbeamten.

Paris, 2. Mai. Minister Barthou hat verfügt, daß acht Telegraphenbeamte vom Zentralbureau, die beleidigende Äußerungen gegen den Unterstaatssekretär Simyan getan hatten, vom Dienst zu suspendieren seien. Ferner wurden auf Anordnung des Ministers dreißig Telephonarbeiter wegen Mißtrauens zum Dienst suspendiert.

Paris, 1. Mai. Der Beschluß der Regierung, die Entlassung der vor den Disziplinarrat geladenen sieben Postbeamten zu verlangen, hat unter den Post- und Telegraphenangestellten große Erregung hervorgerufen. Der Ausschuh ihrer Vereinigung wird demnächst ein großes Meeting veranstalten, um über das weitere Vorgehen zu beraten.

England.

Eine Friedenskundgebung.

London, 2. Mai. Gestern abend veranstaltete die Internationale Schiedsgerichtsliga zu Ehren von zurzeit in England weilenden Mitgliedern Hirsch-Dunderscher Gewerkschaften ein Dinner. Lloyd Beardale führte in seiner Begrüßungsrede aus, die große Masse der Bevölkerung Englands halte an der Meinung fest, daß zwischen Deutschland und England kein Grund zum Streit bestehe, und wünsche mit Deutschland in Freundschaft zu leben. Arbeitsminister Burns trank auf die englisch-deutsche Freundschaft und griff die chauvinistische Presse, die den deutsch-englischen Kriegsgedanken propagiert habe, scharf an. Wenn alles Geld, das von den europäischen Nationen für Kriegszwecke verschwendet werde, für das Volkwohl verwandt

würde, dann wäre bald der letzte Argwohn zwischen den Nationen verschwunden. (Stürmischer Beifall.) Burns schloß, daß der erste und aufrichtigste Friedensappell der deutschen Arbeiter vom englischen Volke aufrichtig erwidert werde. Man werde es nicht erleben, daß Frankreich, Deutschland, Rußland oder England einen verderblichen Streit anfangen würden, der ihnen die Erfüllung ihrer höchsten Bestimmungen erschweren würde. Wenn die Nationen miteinander rivalisieren wollten, dann sollten sie ihren Wettbewerb in der Veredelung des Lebens und in der Bekämpfung der Armut zeigen. Ein Wettkampf um edle Ziele und ein Streit um hohe Gedanken habe größeren Wert als das Bemühen, alle Ideale zu stürzen, die das Leben in sich schließt.

Persien.

Wiederherstellung der Verfassung?

Frankfurt a. M., 1. Mai. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Teheran: Die Proklamation der Verfassung wird für Dienstag, den Vorabend des Geburtstages des Schah, erwartet. Das Wahlgesetz ist bereits in Ausarbeitung.

Die Lage in Täbris.

Täbris, 2. Mai. Die Wege in der Umgebung von Täbris sind jetzt frei. In der Stadt herrscht die größte Not. Der Endschahen wandte sich an den russischen Konsul mit der Bitte um Auskunft, ob die russischen Truppen zur Wahrung der Interessen des Volkes oder derjenigen des Schahs gekommen seien, und wie lange sie vor Täbris bleiben würden. Der russische und der englische Konsul antworteten gemeinsam, daß die russischen Truppen nur zeitweilig gekommen seien, um die Wege nach Täbris zu öffnen, die Ausländer zu beschützen und die Stadt vor Raub zu bewahren, falls sie von den Schahtruppen eingenommen werden sollte.

Marokko.

Neue Gewalttaten.

London, 1. Mai. „Daily Telegraph“ meldet aus Tanger vom 30. April, daß in Mogador ein Engländer und zwei Franzosen ermordet worden seien. Der französische Torpedobootzerstörer „Cassini“ sei nach Mogador abgegangen.

Soziales.

Die Arbeitslast einer Verkäuferin mit 30 Mark Monatsgehalt.

Daß die Entlohnung im Handelsgewerbe nur allzuoft im ungekehrten Verhältnis zur verlangten Arbeitsleistung steht, zeigte eine am Sonnabend vor der 5. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts stattgehabte Verhandlung. Die 17-jährige Verkäuferin Else M. erhebt Klage auf Zahlung von 12 M. Restgehalt gegen den Schuhwarenhändler Gottfried Wolff. Die Klägerin bezog ein Monatsgehalt von 8 M. und schreibe: dreißig Mark und hatte für diesen Miesensbetrag von 8 Uhr früh bis 8 Uhr abends, ausschließlich einer mäßigen Mittagspause, tätig zu sein. Und diese Tätigkeit muß eine recht angestrengte gewesen sein, denn wie der Chef selbst vor Gericht erklärte, wartete die Kundenschaft früh morgens schon vor der Tür, bis das Geschäft geöffnet wurde. Aus diesem Grunde verfügte Herr M. aus eines Tages, daß die Klägerin schon um 1/2 8 Uhr anzutreten habe. Am Sonntag hatte sie ohne Extrabergütung die Rolle eines Kindermädchens zu übernehmen. Die mit Berliner Verhältnissen nicht Vertraute sagte sich schweigend, sie ging auch dem Verlangen des Chefs entsprechend beide Osterfeiertage ins Geschäft und hat nur am zweiten Feiertag den Bringsal, die Nachmittagsstunden wegen einer Hochzeitfeierlichkeit fortbleiben zu dürfen. Der Chef erklärte ihr, nur wenn es sich um einen näheren Verwandten handele, gebe er ihr frei, sonst müsse sie kommen. Die Klägerin kam nun nachmittags nicht wieder und erhielt dieshalb am nächsten Tage ihre Entlassung. Die Verkäuferin machte geltend, daß sie die Hochzeit der Tochter ihrer Cousine mitgemacht habe und von ihrer Tante nicht fortgelassen worden sei.

Das Kaufmannsgericht war der Ansicht, daß der jugendlichen Angeklagten das Unternehmungsvermögen zwischen Vetteren ersten und zweiten Grades kaum zuzutrauen sei. Sie könne sich wohl für berechtigt gehalten haben, wegen der Fester in den Nachmittagsstunden am Osterfeiertag dem Geschäft fernzubleiben. Um der Beurteilung zu entgegen, zahlte der Beklagte 10 M., womit sich die Klägerin begnügte.

Gewerkchaftliches.

Maisfeier-Anstaltungen.

Um zu zeigen, daß sie die Herzen in und außer dem Hause sind, hat eine Reihe von Unternehmerverbänden über Maisfeiern die Strafe der Aussperrung verhängt. Solcher „Kulturkaten“ werden gemeldet:

Die Berliner Stukkateure sind ausgesperrt bei folgenden Firmen: Caspari, Luisenstr. 58. Trommer u. Comp., Steglitz. Ederl, Schwerinstr. 14. Arbeitsangebots dieser Firmen sind auf alle Fälle zurückzuweisen.

In der Schlußabteilung von Währing in Magdeburg prangte am Sonnabendmorgen ein Anschlag am Fabrikator, daß sämtliche Arbeiter — ungefähr 800 — wegen Beteiligung an der Maisfeier entlassen seien. Die Arbeiter hatten am Dienstag ihre Kündigung wegen Lohnunterschieden eingereicht, so daß sie jetzt um einige Tage eher ihren Streit beginnen können.

Mühlhausen (Thüringen), 1. Mai. Allen hiesigen, dem Deutschen Textilarbeiterverbände angehörigen Arbeitern und Arbeiterinnen wurde heute von den Mitgliedern des Textil-Industriellenverbandes geflöhnt, weil die Arbeiter einer hiesigen Firma trotz Verbotes heute früh nicht zur Arbeit gekommen waren.

Berlin und Umgegend.

Gelbe Seuche überall.

Am Donnerstag hielten die im Transportarbeiterverband organisierten Einkassierer und Kassenboten eine Versammlung ab, welche sich gegen gelbe Vereinsgründungen in den Betrieben der Versicherungsgesellschaft „Victoria“ und der Nähmaschinenfirma Singer Co. wandte. In beiden Betrieben hat der Transportarbeiterverband eine verhältnismäßig starke Zahl von Mitgliedern unter den Einkassierern. Sie bemühen sich natürlich, ihre indifferenteren Kollegen für die Organisation zu gewinnen, weisen auf die zahlreichen Missethäter hin, unter denen sie zu leiden haben und sind deshalb von den Unternehmern und deren Kreaturen nicht gern gesehen. Liebedienersche Elemente haben sich diesen Umständen zunutze gemacht und Vereine gegründet, die grundsätzlich von jeder auf Verbesserung der Lage ihrer Mitglieder gerichteten Tätigkeit Abstand nehmen und ihre Aufgabe in der Bekämpfung und Hintertreibung gewerkschaftlicher Bestrebungen erblicken. In jedem der beiden Betriebe besteht ein derartiges gelbes Vereinchen. Zwar sind diese Vereine nur schwach an Zahl, viel schwächer als die Mitgliedschaften des Transportarbeiterverbandes. Aber trotzdem vertreiben es die gelben Mäcker, die gewerkschaftlich organisierten Kollegen durch Bestätigung und Angeberei derart einzuschüchtern, daß die Furcht vor Entlassung viele abhält, frei und offen für ihre Anschauungen einzutreten. Ja selbst den Besuch der vom Transportarbeiterverband veranstalteten Sektionsversammlungen meiden viele Kollegen mit Angst und Furcht vor den gelben Spionen und den Folgen der Spioniererei. Der Terrorismus, den das kleine Häuflein der Gelben auf diese Weise ausübt, hindert die Ausbreitung der gewerkschaftlichen Organisa-

faktion unter den Einlasserern und macht dadurch eine Verbesserung ihrer sehr gedrückten Lage fast zur Unmöglichkeit. Alle diese Verhältnisse wurden in der Versammlung eingehend besprochen und schließlich folgende Resolution angenommen:

„Die versammelten Einlasser der Singer Co. sowie die Teilnehmer der Verj.-Gef. „Victoria“ nehmen mit Entschiedenheit Kenntnis von der Gründung gelber Vereine innerhalb ihrer Betriebe und protestieren auf das energischste gegen diese neuen Machinationen ihrer Ausbeuter.“

Die Anwesenden, welche in den Mitgliedern jener gelben Vereinigungen Vertreter ihrer Berufsinteressen sehen, verpflichten sich, Mann für Mann der modernen Arbeiterbewegung, der Sektion der Einlasser sich anzuschließen. Die Arbeiterkassette wird nochmals erachtet, auf die braune Kontrollkarte genau zu achten und neue Besuche nur mit organisierten Kollegen abzusprechen.“

Deutsches Reich.

Achtung, Metallarbeiter! Die Firma Hoffman u. Roy, Hülsen- und Walzwerk und Eisenfabrik in Eisenpattener bei Eberswalde, sucht in den verschiedenen Provinzialstädten Arbeitskräfte. Wir machen darauf aufmerksam, daß die Arbeiter dieser Firma ausgesperrt sind und ein Teil sich im Streik befindet. Die Angeworbenen sollen also Arbeitswillige an Stelle der Streikenden und Ausgesperrten eingestellt werden. Wir bitten daher, den Zugang nach der Firma Hoffman u. Roy fernzuhalten. Die Arbeiterpresse wird um Abdruck gebeten. Deutscher Metallarbeiter-Verband, Bezirksleitung des 3. Bezirks.

Zur Vermeidung der Grenzstreitigkeiten in Stettin die Organisationen der Metallarbeiter, Fabrikarbeiter, Holzarbeiter, Schmiede, Gasarbeiter, Transportarbeiter, Seelente und Brauereiarbeiter einen Kartellvertrag.

Das Gewerkschaftsstatut wird in Rostock am 1. Juli eine Zentralbibliothek eröffnen, wenn bis dahin von allen Gewerkschaftszustellen das Uebereinkommen, welches zwischen der Partei und dem Kartell beschlossen, akzeptiert worden ist. Die Zahl der gewerkschaftlich organisierten beträgt 3800, die der in der sozialdemokratischen Partei 1400.

Drohende Aussperrung im Baugewerbe.

Der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe des Kreises Wandersheim hielt in Wandersheim eine außerordentliche Generalversammlung ab, um zum Streik der Maurer und Zimmerer Stellung zu nehmen. In der Versammlung — in welcher auch der Vorsitzende des Landesverbandes aus Braunschweig anwesend war — wurde einstimmig beschlossen, die Forderungen der Leute abzulehnen, weil gar kein Grund für die Lohnforderung gegeben sei. Weiter wurde beschlossen, sämtliche Bauarbeiter des Kreises am 10. Mai auszusperren, im Falle die Streikenden der verschiedenen Orte bis dahin die Arbeit nicht wieder aufgenommen haben.

Der Streik der Kohlenbrenner- und Plagarbeiter in Bremen hat sich nach viertägiger Dauer mit vollem Erfolg für die in Gasenarbeiterverband organisierten Arbeiter beendet worden. Der Tarifvertrag hat Geltung bis zum 1. April 1910.

Partei-Angelegenheiten.

Sozialdemokratischer Kreis-Wahlverein für den Reichstagswahlkreis Nieder-Barnim.

Am Sonnabend, den 8. Mai, abends Punkt 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, findet in Pichtenberg, Frankfurter Chaussee 5 im „Schwarzen Adler“, eine außerordentliche Generalversammlung statt. Tagesordnung: 1. Bericht der Reumer-Kommission und Wahl des Kreissekretärs. 2. Anträge auf Abänderung des Wahlmodus für die Delegiertenwahlen. 3. Kreisangelegenheiten. Der Vorstand. J. A.: P. Brühl.

Berliner Nachrichten.

Folgschwerer Baunfall in der Gasanstalt.

Ein schwerer Baunfall, bei dem ein Arbeiter getötet und zwei nicht unerheblich verletzt wurden, ereignete sich am gestrigen Sonntag in der städtischen Gasanstalt 4 in der Dänziger Straße 61. Dort wird zurzeit ein neuer Gasometer gebaut. Gesellen waren nun mehrere Arbeiter damit beschäftigt, einen sechzig Zentner schweren Gußrohr mittels Flaschenzuges auf einen 1 Meter hohen Kobrostub zu winden. Bei dieser Arbeit bemerkte sich das Gußrohr etwas, so daß mehrere Mann das Rohr wegzubiegen suchten. Plötzlich brach hierbei ein starker Balken der Windvorrichtung und unter Krachen stürzten die schweren Balkenteile in die Tiefe. Obgleich die Arbeiter sofort zur Seite sprangen, wurden doch drei von ihnen von den Balkenteilen erfaßt. Dem Gasarbeiter Wilhelm Kausch aus der Eßay Straße 12 in Weihensee fiel ein Balken direkt auf den Leib, so daß er sofort getötet wurde. Wie die ärztliche Untersuchung ergab, hatte der Unglückliche eine Ringenzerreißung davongetragen. Die Leiche wurde nach Aufnahme des Leichens nach dem Schauhause geschafft. Ein zweites Balkenteil traf den Arbeiter Fritz Strunz aus der Lübecker Straße 9 und ein drittes den Arbeiter Otto Kalle aus der Vorhingsstraße 11. Beide wurden so schwer verletzt, daß sie mit einem Wagen des Verbandes für erste Hilfe nach dem Krankenhaus am Friedrichshain transportiert wurden.

Der Geldbriefführer Eulenburg, der am 2. April auf seinem ersten Westausgang in dem Hause Vesselstr. 19 überfallen und beraubt wurde, konnte gestern aus dem Krankenhaus entlassen werden. Die von einem Weibchen herrührende Kopfverwundung ist schneller geheilt als man erst zu hoffen wagte. Das Befinden des Ueberfallenen ist gut, wenn sich auch der betagte Mann noch schonen muß. Ueber den Raubfall kann Eulenburg auch heute nicht mehr mitteilen als früher.

Ein schwerer Unfall ereignete sich gestern auf dem Gelände der Dänziger Straße. Dort stürzte das Gerüst des neuen Gasbehälters ein. Von den dabei beschäftigten Arbeitern wurde der Arbeiter Wilhelm Kausch getötet, während Otto Konrad und Fritz Strud erheblich verletzt wurden.

Die Gefahren des Schifferberufs. Auf der Oberspree haben sich zwei bedauerliche Unfälle zugetragen. In der Nähe von Wuhlfahrt erkrankte der 23jährige Bootsmann Otto Krüger aus Königs-Wusterhausen. Er war auf dem Lastkahn des Schiffseigners Krüger aus Neu-Zittau gefahren. Beim Staken entfiel ihm plötzlich das Greifholz und bei dem Versuch, es schnell zu fassen, stürzte er kopfüber in die Fluten. Der Vorfall war zwar sofort bemerkt worden, doch erwies sich alle Rettungsversuche als vergeblich, weil der Verunglückte nicht mehr an die Oberfläche kam.

In ähnlicher Weise kam in der Nähe von Fürstenwalde ein junger Schifferknicht um sein Leben. Auch er fiel beim Staken in die Spree und ertrank, bevor Hilfe zur Stelle sein konnte. Die Leichen der beiden Ertrunkenen konnten bisher noch nicht geborgen werden.

Aus Nahrungssorgen den Tod gesucht. Am Restaurant Loreley in Niederschöneweide wurde unter dem Dampfersteck die Leiche eines jungen Mannes entdeckt, die am Kopf und im Gesicht eine Reihe von Verletzungen aufwies. Die Vermutung, daß der Unbekannte das Opfer eines Verbrechens geworden sein könnte, wurde im Laufe der Untersuchung hinfällig. In dem Toten wurde der beschuldigte Gausdiener Adolf Berger aus der Weichstraße in Berlin ermittelt. Er war vor einiger Zeit in dem Restaurant Loreley tätig gewesen und am Freitag suchte er das Lokal wieder auf, um dort wieder zu arbeiten. Man mußte ihn aber abweisen, da alles besetzt war. In der Verurteilung ist sich

der junge Mensch ein Leid an; er stürzte sich in der Nähe des Restaurants in die Spree und ertrank. Die Verletzungen, die an dem Toten wahrgenommen wurden, rühren jedenfalls von Dampferkräften her. Die Leiche hat zwei Tage im Wasser gelegen, so daß es sehr wahrscheinlich ist, daß während dieser Zeit der Körper mit Dampferkräften in Verührung gekommen ist.

Ein schrecklicher Verfall hat sich auf dem Dampfer des Westfers Franz Kahn auf der Oberspree abgespielt. Er ist gegenwärtig auf der Fahrt nach Berlin. Er besitzt zwei kleine Kinder, ein zweijähriges Mädchen und einen ein Jahr alten Knaben. Die beiden schliefen in einem Bett und damit sie nicht während der Fahrt herausfallen konnten, hatte er ein Holzgitter um das Bett herum angebracht. Während nun gestern Vater und Mutter auf Deck beschäftigt waren, versuchte der Knabe sich durch das Gitter hindurch zu zwängen. Er blieb dabei mit dem Kopf zwischen den Gitterstäben hängen und der Körper schlug nach vorn über. Da das bauernswerte Geschöpf keine Hilferufe ausstoßen konnte, mußte es in seiner schrecklichen Lage elend erstickt. Als die Mutter nach zehn Minuten die Kajüte betrat, fand sie zu ihrem Entsetzen ihren Sohn am Bett hängend als Leiche auf.

Die entlaufene „Dora“. Schon wieder ist eine Polizeihändin entlaufen. Es ist diesmal die Schäferhündin „Dora“, die als Spürhündin ausgebildet worden ist. Der Züchter ist kurzhaarig und von wolfsgrauer Färbung.

In sehr unliebsamer Weise wurde gestern der Vortrag des freireligiösen Predigers Dr. Bruno Wille in der Schulaula Frankfurter Straße 6 gestört. Das Thema des Vortrages handelte von den neuesten eintägigen Wundern. Etwa 20 Minuten nach Beginn trat plötzlich ein Herr, der in der ersten Reihe saß, an das Rednerpult heran, zog einen Revolver aus der Tasche und rief: „Das begründen Sie einmal näher!“ Dr. Wille ging etwas zur Seite und des Publikums bemächtigte sich ein nicht gelinder Schreck. Inzwischen hatten schon einige Herren, die auf den Vorderplätzen saßen, den Attentäter erfaßt und zur vorderen Tür hinausgedrängt. Allem Anschein nach handelte es sich um einen geistesgestörten Menschen, der den Vortragenden schon mit Drohbrieffen belästigt hatte. Dr. Wille fuhr in seinem Vortrage ohne jede Erregung fort. Es ergab sich, daß der Revolver gar nicht geladen war. Der Täter ist ein Geisteskranker, ein Kaufmann Abraham Eierweiß, Reherberstr. 9. Er hatte schon wiederholt Wille bedroht. Die Frau des Attentäters hatte versprochen, auf ihren Mann Obacht zu geben. Nach Feststellung der Persönlichkeit wurde er entlassen.

Zusentzettel: „Krone und Fessel“. Schon der Titel dieses neuesten Spektakelstückes klingt so erbaulich: Erinnerungen an die grausigsten Brigantenromane werden wachgerufen! Und wenn nicht ein englischer oder auch amerikanischer Autorname auf dem Zettel verzeichnet stände, und wenn ferner nicht daneben zu lesen wäre, daß dies „sensationelle Militärdrama“ an irgend einem Londoner Vorstadtheater „500 Aufführungen“ erlebt hätte, würde man darauf wetten, daß es von einem auf dem Gebiete der verlogenen Hintertreppentexte tätigen Zintenkuli Scherischer Couleur verfaßt sei. Diesmal scheint die geistige „Hinauflese“-Fabrik in der Zimmerstraße aber nicht „gewinnbetrieblig“ zu sein. Also es dreht sich um einen englischen Offizier, als Infanterist des britischen Heeres. Weit unten an der Donau, nämlich nach Serbien und Nachbarhaft ist dieser Edeling in Uniform verschlagen worden. Am Hofe des Fürsten soundso — „ein Teufel in Menschengestalt“ besagt nicht bloß der Theaterzettel, sondern auch sein Kun — verliebt er sich in eine Prinzessin. Da aber der Fürst mit einem benachbarten Hammelprinzen in kriegerische Verwicklung geraten ist, so möchte er selber die Prinzessin heiraten — weil sie viel Mammon hat. Wird aber nix draus; die edle Donna mag nicht. Daß angesichts solcher Begeisterung und dank seiner verbrecherischen Veranlagung der Fürst ein vollendeter Wüterich wird und seinen Nebenbuhler degadiert, ins Gefängnis werfen läßt — das ist so der übliche Verlauf in Räuberromanen. Man freut sich aber auch, wenn der Dämling ausbricht, vor die Bewehrung gestellt, doch nicht erschossen wird, und wenn er abermals aus dem Bagno entweicht. Nun läßt er sich bei der gegenwärtigen Kriegspartei anwerben. Gerade steht hier alles auf Knapp und Stiel; in der Kriegsklasse ist Ebbe; man will sich dem mächtigeren Gegner ergeben. Eril — das ist unser englischer Held — verhindert es; weiß er doch, daß auch „drüben“ kein Mammon vorhanden ist. Und nun vollbringt Eril Heiden- und Mächtertaten. Er macht den Fürsten Ulrich, seinen ehemaligen Feind, zum Gefangenen, tötet ihn dann im Duell und reißt darauf mit der geliebten Prinzessin, nebst einer englischen Rationalflage, die er vorsorglich mitgebracht hat, auf das Schloß seiner Väter. . . . Gespielt wurde nach bestem Vermögen und dazu geklatscht mit derben Claqueurhänden vom Handschuhnummer 6 bis 13 $\frac{1}{2}$. Was will man mehr?!

Die Arbeiter-Samariter-Kolonie macht darauf aufmerksam, daß während des Sommerhalbjahres in jeder Abteilung nur eine Uebungsstunde stattfindet, welche noch bekannt gemacht werden.

Gesperrt wird die Krausenstraße von der Charlottenstraße bis zur Karlsgrafenstraße (unter Ausschluß der Kreuzdüme) behufs Asphaltierung vom 3. Mai d. J. ab.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Die Wertzuwächsteuer hat die Genehmigung aller Instanzen erhalten. Am Montag nahm die Stadtverordnetenversammlung die neue Steuerordnung an, sofort trat der Magistrat zusammen und gab seine Zustimmung zu dem Beschluß. Der Bezirksausschuß, der am Dienstag tagte und vorbereitet war, genehmigte die Ordnung, worauf am Mittwoch der Oberpräsident der Provinz Brandenburg, Freiherr Troitz zu Solz, dem sie vorgelegt, seine Bestätigung gab, und am Donnerstag fand sie die Zustimmung des Ministers des Innern, v. Roltke, während am Freitag die letzte Instanz, der Finanzminister v. Rheinbaben, mit der Wertzuwächsteuerordnung sich einverstanden erklärte. Noch an demselben Abend wurde sie publiziert und fand somit Gesetzeskraft. Selten hat die Bureaucratie solch schnelle Arbeit geleistet wie hier. Es mußte auch schnell gearbeitet werden, da in letzter Zeit wiederum mehrere Verkäufe stattfinden sollten, die mehrere Millionen Mark ausmachten. In einem Fall beträgt der Wertzuwachs vier Millionen Mark, so daß dem Stadtsäckel davon rund eine Million zufließt. Der bisherige Besitzer, der über 124 Millionen Mark gebietet, dürfte nicht groß geschädigt sein, während die Stadt zu den bevorstehenden Beamten-, Lehrer- und Arbeiterbesoldungen großer Summen bedarf.

Wilmerdorfer.

Ueber die Finanzen der gemeinsamen Ortskrankenkasse für Deutsch-Wilmerdorfer und Umland brachte die bürgerliche Presse Berlins in diese Tagen irreführende Mitteilungen. Danach sollte die Kasse im Jahre 1908 ein Defizit von 82 000 M. gehabt haben, und das, obgleich die Beiträge im Juni von 66 Pf. auf 96 Pf. erhöht worden wären. An dieser Darstellung ist zunächst unrichtig, daß die Kasse mit 82 000 M. Defizit gearbeitet hat. Gewiß hat die Kasse mit Verlust gewirtschaftet, aber dieser Verlust an Vermögen beträgt nicht 82 000 M., sondern 42 000 M., wozu formell noch 8580 M. Kurverlust an den von der Kasse erworbenen Wertpapieren hinzu zu rechnen sind. Da die Kasse die Wertobjekte aber nicht verkauft, wird sich auch der Verlust bei besserer Konjunktur wieder ausgleichen. Es fallen in die Verlustsumme überdies noch 8200 M. Beiträge; doch ist hiervon bereits im neuen Jahre ein beträchtlicher Teil von den Arbeitgebern abgeliefert worden. Unrichtig ist es ferner, von einer Erhöhung der Beiträge im Juni des verfloffenen Jahres zu reden. Das ganze Jahr hindurch wirtschaftete die Kasse mit den bisherigen niedrigen Sätzen; die neuen Beiträge wurden erst vom 4. Januar dieses Jahres ab erhoben. Daß die Kasse mit Verlust arbeiten würde, war aller-

dings vorauszu sehen; die Folgen der Arbeitslosigkeit haben sich selbstverständlich auch an dieser Stelle geltend gemacht. Während die Beiträge nur um 5 Proz. in die Höhe gingen, vermehrte sich die Zahl der Krankheitsfälle gegen 1907 um 20 Proz. Mit Recht führt die Kasse diese Eisigerung nicht darauf zurück, daß ein großer Teil der Kranken etwa simuliere, um sich während der Zeit der Arbeitslosigkeit durchzubiseln. Bei guter Konjunktur, so heißt es in dem dieser Tage herausgegebenen Bericht der Kasse, melde der Arbeiter sich einfach nicht krank, trotzdem er im wahren Sinne des Wortes erwerbsunfähig und unterstützungsbedürftig sei. Er arbeite solange, wie es irgend gelte, um in seinem häuslichen Etat keine Einbuße zu erleiden. Einen großen Einfluß auf die Zahl der Erkrankungen, so meint der Bericht weiter, dürfte auch der zugleich mit der Arbeitslosigkeit eintretenden Unterernährung zuzuschreiben sein. Alle diese Umstände machen es begreiflich, daß die Ausgaben der Kasse von 1907 auf 1908 um nicht weniger als 32 Proz. in die Höhe gingen. Zu wünschen wäre, daß alle Krankenkassenverwaltungen zu einer so gerechten Beurteilung der Krise und ihre Wirkungen kämen, wie sie der Bericht der Wilmerdorfer Ortskrankenkasse ausdrückt.

Markgrafpiecke.

Große Verheerungen sind durch die Unwetter in Markgrafpiecke, nicht weit von Fürstenwalde, herborgerufen worden. An mehreren Stellen zündete der Blitz und richtete bedeutende Schäden an. Unter anderem wurde das Wohnhaus des Eigentümers Wilde vom Blitz getroffen und in Brand gesetzt. Das Gebäude brannte bis auf die Umfassungsmauern vollständig nieder. Der Blitz war durch das Dach am Giebel herunter in die Wohnung des Schwiegersohnes des Eigentümers gedrungen. Der Luftdruck war ein solch gewaltiger gewesen, daß der im Zimmer anwesende Bewohner zu Boden geschleudert wurde. Durch die auf dem Boden lagernden Strohvorräte wurde dann der Blitzschlag entzündet.

Fichtenau und Umgegend.

Der dem drohenden Untergange standen die hiesigen Einwohner. Eine Anzahl großer roter Plakate leuchtete plötzlich überall auf, in denen zu demonstrativem Massenbesuch der Laienversammlungen aufgefordert wurde. Aengstliche Gemüter, wie unsere Philister alle sind, sahen schon — in Anbetracht der letzten Vorgänge in der Türkei und der roten Farbe, die ja auf den Gehirnsläusen einzelner Geschöpfe eine ganz besondere Wirkung ausübt — die Revolution ausbrechen. Aber so leicht lassen sich unsere Philister nicht besigen! Das stand für sie fest, die Revolution mußte im Keime erstickt werden. Und so eröffnete eine Anzahl beherzogter Männer eine mörderische Schlacht auf die roten Unheilbringer. Und siehe da, der Angriff der Todesmutigen brachte einen, wenn auch nur teilweisen Sieg. Der Gegner liegt bezwungen am Boden, der Staat ist wieder einmal geteilt, mit Ruhe kann der Philister wieder sein Bier trinken. Und wir? Wir lachen!

Gerichts-Zeitung.

Prozeß Friedberg-Bohn.

Der Prozeß gegen den Bankier Siegmund Friedberg und den Kaufmann Fritz Bohn, über dessen Beginn am 28. März wir berichteten, wurde nach 23 tägiger Verhandlung am Sonnabend in erster Instanz beendet.

Das Urteil gegen Friedberg lautet auf Freisprechung von der Anklage wegen Vergehens gegen das Depotsgesetz und auf Verurteilung zu zwei Jahren Gefängnis und 9000 Mark Geldstrafe — eventuell für je 15 M. zu einem Tage Gefängnis, im Höchstbetrage zu einem Jahre Gefängnis — und zu zwei Jahren Ehrverlust. Der Angeklagte Bohn wurde wegen schwerer Urkundenfälschung und Betrugs in zwei Fällen zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis und zwei Jahren Ehrverlust verurteilt.

Das dem Angeklagten Friedberg erteilte sichere Geleit wurde nach § 337 St.-P.-O. für erloschen erklärt. Ueber Friedberg wurde mit Rücksicht auf die Höhe der Strafe die Untersuchungshaft verhängt, jedoch ihm gestattet, gegen Kautionleistung von 60 000 M. die Verhängung der Untersuchungshaft aufzuheben. Der Angeklagte Bohn wurde gegen die von ihm geleistete Sicherheit von der Untersuchungshaft verhaftet.

Friedberg hatte ohne große Mittel ein Bankgeschäft ins Leben gerufen, wählte, zum Teil gelungene Spekulationen getrieben, durch eine Zeitschrift „Der Matgeber auf dem Kapitalmarkt“ Kunden angelockt, Bilanzen zu ziehen unterlassen, sehr luxuriös gelebt, Unsummen von Gehältern für „Reisende“ (Anläufer) gezahlt und endlich Depots seiner Kunden angegriffen. Bohn, ein früherer Redner, der mit 5000 Mark Vermögen bei Friedberg eintrat, war dessen rechte Hand und hat sich in zwei Fällen durch Betrug und in einem Falle durch Urkundenfälschung über 5000 M. rechtswidrig zugeeignet. Die Freisprechung Friedbergs vom Verstoß gegen das Depotsgesetz beruhte auf folgenden Erwägungen. Friedberg machte mit seinen Kunden Geschäfte in sich, d. h. er kaufte z. B. für dieselben nominell bestimmte Wertpapiere, tatsächlich übertrug er nur in seinem Konto die Papiere auf die Stunden und belastete sein eigenes Konto nur mit der Verpflichtung zu liefern. Bei Depotsannahme ließ er ein Nummernverzeichnis unterschreiben, durch das er nach Rücksprache mit einem Rechtsanwalt Caro glaubte sich das Recht gesichert zu haben, über die Depots wie über sein eigenes Eigentum zu verfügen. Trotzdem gelangte das Gericht in diesem Punkte entgegen dem Antrag des Staatsanwalts zur Freisprechung, weil es annahm, es könne zweifelhaft sein, ob der Text des Nummernzeichnisses nicht in der Tat Friedberg zu seinem Handeln berechtigte, überdies habe er sich in gutem Glauben befinden, weil der Rechtsanwalt Caro ihm gesagt habe, er könne so handeln wie von ihm gesehen. Diese Begründung ist eine recht eigenartige weniger darum, ob ein Verstoß gegen das Depotsgesetz als ob Betrug in dem geschilderten Verfahren liegt, dürfte es sich unseres Erachtens handeln. Und diese Frage ist unbedingt zu bejahen, wenn man zu der Ueberzeugung gelangt, die Depotingeber haben, entsprechend den Grundlagen von Treu und Glauben, sich darauf verlassen, daß ihr Depot unverfehrt bleibe. Daß der Angeklagte selbst diese Auffassung hatte, legt gerade seinem Ansinnen um Rat bei dem Rechtsanwalt nahe. Dem Angeklagten durfte ebenfowenig wie seinem Anwalt entgegen, daß das von Friedberg angelockte Publikum die Unterfälschung unter das Nummernverzeichnis für einen belanglosen Formalismus anjah und dem Friedberg nicht das Recht zur Verfügung über die Depots übertragen wollte. Eine Anklage und Verurteilung beider wegen Unterfälschung und Betrugs, beziehentlich wegen Beihilfe dazu hätte deshalb dem Gesetz mehr entsprochen als der Freispruch.

Gegen das Urteil ist vom Angeklagten und der Staatsanwaltschaft Revision eingelegt.

Die vielen geschädigten Mittelstandskleute wären vor den Nachteilen bewahrt geblieben, wenn sie den Vorkurs der „Reisenden“ und der Neblamezeitung nicht gefolgt wären und sich klar gemacht hätten, daß ohne das Risiko des Gesamterlustes die ihnen vorschwebenden Riesengewinne unmöglich sind. Eine anständige Bank hätte ihnen die Friedbergerschen Versprechungen nicht gemacht, ihnen aber auch ihre Depots nicht verpfändet. Die hier nach mißlosem Gewinn wird, mögen die Werke lauten wie sie wollen, leider, leider jene, deren Zahl nicht alle wird, allemal wieder auf die Leimrute für Gimpel hängen lassen: Sicherheit und großen Gewinn wird ein redlicher Bankier nie versprechen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Niederfartätscht.

Buenos Aires, 2. Mai. (W. T. W.) Gestern kam es hier auf Anlaß der Kaiserfeier zu zahlreichen Kundgebungen. Eine Anzahl Anarchisten feuerten Revolver ab und verwundeten fünf Polizeibeamte. Diese erwiderten das Feuer und töteten zwölf und verwundeten etwa hundert Personen.

Der 1. Mai.

Das deutsche Proletariat kann mit der Maifeier 1909 zufrieden sein. Daß die Arbeitsruhe diesmal keine ungewöhnlichen Dimensionen annehmen würde, war für jeden Kenner der Verhältnisse von vornherein klar. Die schwere Krise hat bereits Hunderttausende auf Straßengassen geworfen, und Hunderttausende derer, die in Arbeit stehen, haben die Segnungen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung vor nicht allzulanger Zeit in Gestalt wochen- oder gar monatelanger Arbeitslosigkeit zu spüren bekommen. Solche Zeiten der Krise taugen schlecht zu Nachkämpfen mit einem Unternehmertum, das seine momentane Ueberlegenheit mit brutaler Rücksichtslosigkeit auszunutzen bereit ist. Und jeder gewerkschaftlich und politisch geschulte Arbeiter weiß, daß die Aufnahme eines aussichtslosen Kampfes kein Heroismus, sondern eine Unbesonnenheit wäre. Zu solcher Unbesonnenheit haben sich die deutschen Arbeiter nicht hinreihen lassen — aber überall da, wo es die Verhältnisse irgendwie gestatteten, haben sie sich auch nicht durch Kleinmütigkeit von einem Begehen des Festtages der Arbeit durch Arbeitsruhe abhalten lassen. Die Zahl der Feiernden ist trotz der Krise sowohl in Berlin wie im ganzen Reich eine sehr achtunggebietende gewesen, ein Beweis dafür, daß die von unseren Gegnern bereits so oft totgesagte Maifeier auch nach zwanzig Jahren noch die Herzen der Arbeiterklasse mit Begeisterung erfüllt. Und wir hoffen, daß die Zukunft diejenigen gründlich eines Besseren belehren wird, die das deutsche Proletariat für so müßigen und kurzfristig halten, daß es auf die Pflege jenes befeuernden und tatzeugenden Enthusiasmus, der die Maifeier geboren hat und für die Kämpfe der Zukunft so bitter notwendig ist, jemals verzichten möchte!

Inzwischen haben sich wieder einmal preussische Behörden das Verdienst erworben, den Geist der Kampfesfreudigkeit anzufachen, den die Maifeier in die Gemüter des Proletariats geseht hat. Haben doch die preussischen Behörden der Arbeiterklasse wieder einmal gezeigt, daß sie minderen Rechts, Staatsbürger zweiter Klasse, Heloten sind, die zwar dem Unternehmertum den Geldbeutel spenden und dem Klassenstaate durch ungeheure indirekte Steuerlasten die Existenz fristen, sich aber als freie Bürger nicht ebenso bewegen dürfen wie jeder Kriegerverein, jede Zentrumsparade. In Hamburg konnte die Arbeiterklasse nach altem Brauche ihren Festzug abhalten, selbst im erreaktionären Sachsen, z. B. in Leipzig und Dresden, konnten die Feiernden in geschlossenem Zuge durch die Straßen marschieren — aber in Preußen wurden die Umzüge wiederum verboten. Was in Hamburg erlaubt war, war für Altona und Wandsbek nicht gestattet! Und um den Arbeitern das Unbegreifliche und Propagierende des Verbots besonders fühlbar zu machen, verbot man die Erlaubnis zu festlichen Umzügen selbst da nachträglich wieder, wo man sie, wie in Schleswig-Holstein, bereits erteilt hatte!

Daß man irgendwelche Besorgnis vor Zwischenfällen gehabt hätte, ist ausgeschlossen; man wollte einfach dem preussischen Proletariat wieder einmal die Tatsache zu Gemüte führen, daß es rechtlos ist, daß es sich nicht einbilden darf, ebenso behandelt zu werden wie die Klasse der Ausbeuter!

Die Maifeier stand diesmal im Zeichen nicht nur der industriellen, sondern auch der politischen Krise. Die Artikel der in festlichem Gewande erscheinenden Presse, die in den vielen Hunderten von Versammlungen gehaltenen Reden würdigen nicht nur die allgemeine Idee des internationalen Festtages der Arbeit, sondern auch die besondere politische Lage, in der das Deutsche Reich sich gegenwärtig befindet. So war die Maifeier zugleich eine

Heerschau für die unmittelbaren Tageskämpfe, in die das deutsche Proletariat schon im nächsten Augenblick hineingeworfen werden kann. Kann doch jeder Tag die Reichstagsauflösung bringen, kann doch in jeder Stunde ein Wahlkampf entbrennen, der für das Proletariat im Reich wie besonders auch in Preußen die wichtigsten Entscheidungen zu bringen vermag. Was dem Proletariat zunächst droht, ist bekanntlich eine neue indirekte Steuerlast in Höhe von vierhundert Millionen Mark. Käme es zur Reichstagsauflösung, so müßte die sozialdemokratische Arbeiterklasse den Wahlkampf noch mit ganz anderer Energie führen, als bei den Stimmwahlen. Haben doch diese Wahlen gezeigt, daß auch die Gegner inzwischen den Kampf ganz anders zu führen haben, als in den früheren gemächlichen Zeiten. Wie bei den Stimmwahlen würde aber die Sozialdemokratie den Kampf gegen alle bürgerlichen Parteien mit gleicher Schärfe zu führen haben. Denn wenn sich die deutsche Arbeiterklasse nicht willig um Hunderte von Millionen schröpfen lassen will, so muß sie nicht nur eine möglichst große Zahl sozialdemokratischer Abgeordneter in den neuen Reichstag schicken, sondern auch durch die gewaltige Zahl der sozialdemokratischen Stimmen den bürgerlichen Parteien einen warnenden Schrecken einflößen. Sind doch alle bürgerlichen Parteien willens, das Proletariat einer Steuerausplünderung skandalösesten Stiles preiszugeben!

Und wenn das Proletariat am 1. Mai von neuem das Gelübde der internationalen Verbrüderung und der tatkräftigsten Bekämpfung des Militarismus und der die Nationen verheerenden Weltpolitik geleistet hat — der Wahlkampf böte die beste Gelegenheit zur Einlösung dieses Gelübdes! Soll doch die halbe Milliarde der neuen Steuern die Möglichkeit bieten, das aberwiegige Betrüben in gesteigertem Maße fortzusetzen — fortzusetzen bis zur Katastrophe!

Aber nicht nur den Kampf gegen die kapitalistisch-militaristische Unkultur gälte es im Wahlkampf zu führen, sondern auch den mit dem Aufbot aller Kräfte zu führenden Kampf für die Kulturforderungen des 1. Mai. Wer Verkürzung der Arbeitszeit, Arbeiterschutz, eine nachdrückliche Fortführung der Sozialpolitik will, wem daran liegt, die Uebermacht des nicht nur das Proletariat sondern auch die Minister terrorisierenden Scharfmachtentums und Kapitalproletentums zu brechen, der müßte während der Wahlkampagne seine ganze Kraft einsetzen! Er müßte auch der Tatsache eingedenk sein, daß das Proletariat seit Jahren mit wachsender Erbitterung gegen die Schmach des preussischen Geldjacks wahlrechtlich ankämpft und bis jetzt leider vergeblich ankämpft! Er müßte sich des brutalen Hohns der Junker und der jämmerlichen, verräterischen Haltung des Freisinn und des Zentrums erinnern, um sich ganz der Notwendigkeit bewußt zu werden, aus dem erbitterten Ringen der Parteien die Sozialdemokratie so verstärkt hervorgehen zu lassen, daß endlich auch Regierung und Bourgeoisie begreifen, daß die Zeit der wahlrechtswidrigen Zuspottung bis zur Katastrophe sei!

Ob es zur Reichstagsauflösung kommt, werden die nächsten Tage zeigen. Wie aber immer die Würfel fallen mögen: die Geißelhebe der Krise und die Skorpionenstiche scharfmacherischer Rechtsüberweigerung werden das Proletariat aufpeitschen zum rastlosen Kampfe!

Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein!

Berlin.

Trotz der Ungunst der Witterung verlief am Sonnabend die Maifeier der Berliner Arbeiterschaft in durchaus imposanter Weise. Der Wettergott trieb an diesem Tage besonders sein niedliches Spiel. Bald lachte die Sonne außerst harmlos auf die Straßen, bald graupelte es, von kalten Regenschauern begleitet, und dann wieder vom Winde getrieben jagten die Wolken wie schwarze Rösser. Und doch konnte all dies nicht die Scharen von Männern und Frauen aufhalten, die mit unermüdlichem Gleichmut und von der hohen Bedeutung dieses Tages durchdrungen, all den Winden des launischen Wettergottes fröhlich Trost boten. Das Straßenbild, besonders in den Arbeitervierteln, wies eine merkwürdige Veränderung gegen andere Tage auf. Selbst dem harmlosesten Fremden mußten die Tausende der sonntäglich gepuderten Personen beiderlei Geschlechts und jeglichen Alters in dem Getriebe der Weltstadt auffallen, die schon am frühen Vormittag den Versammlungslokalen zuströmten.

Ein wirkungsvolles Relief zu den Gruppen der Feiernden bildeten die Schuttmannschaften, die in ihren blühenden Uniformen die Eingänge zu den Versammlungslokalen flankierten oder auf flinken Stahlfüßen geschäftig hin und her jagten. Besonders in der Schloßgasse schien die hochwohlwollende Obrigkeit den Herz der Revolution zu vermuten, denn die fliegenden Wachen waren wie bei ähnlichen Veranstaltungen an den besetzten Stellen eingerichtet und die Straßenposten in auffälliger Weise verstärkt. Polizeioffiziere liefen aufgeregt hin und her und inspizierten ihre Mannschaften. In der Burgstraße sahen einige Offiziere in der Fernsicht eines Lokals und tasteten, während ab und zu Ordonnanzen erschienen und mit wichtiger Miene und zusammengeklappten Händen Rapport erstatteten. Selbst am späten Nachmittag schien man dem Landfrieden nicht zu trauen, denn auch da wimmelte es allenthalben in der Schloßgasse und unter den Linden von Ordnungsmännern. Ihre Mühe war vergeblich und die ganze Aktion lächerlich wie immer. Das Proletariat marschiert auf geradem Wege und seine Ziele sind weltbekannt. Und so liegt in der Demonstration am 1. Mai die unerschütterliche Zuversicht an die Befreiung und Erlösung der darbenenden und leidenden Menschheit aus den Fängen kapitalistischer Unkultur!

Die Feier der Gewerkschaften

Wieder eine imposante. Wir wollen gleich sagen, daß das nicht verwundern darf, da ja die Zahl der Arbeitslosen, die man in Groß-Berlin leider auch jetzt noch immer auf 50 000—60 000 schätzen kann, die Läden füllt, die dadurch entstehen, daß die Krise und der Lohnkampf Tausende und Abertausende am freien Hunderte. Es ist deswegen auch lächerlich, wenn sich das offiziöse Volkische Bureau durch Anführung von aus der Luft gegriffenen Ziffern Mühe gibt, die diesjährige Maifeier zu verkleinern, indem es einmal von 30 000 Feiernden mit 1000 Frauen, ein andermal von 25 750 Feiernden (wie peinlich gezählt!) mit 13 000 Frauen berichtet. Wir können nur sagen, daß die Zahl der Versammlungsteilnehmer nach dem Gesamteindruck, den wir erhielten, in diesem Jahre nicht abgenommen hat, ohne daß wir unter den eigenartigen gegenwärtigen Verhältnissen wagen würden, das für oder gegen die Maifeier auszusagen.

Die Maifeier im Baugewerbe.

Obwohl der lange, harte Winter, verbunden mit der wirtschaftlichen Krise, die Arbeiterschaft des Baugewerbes besonders schwer schädigte, haben diese doch in großen Massen den 1. Mai

auch diesmal durch Arbeitsruhe gefeiert. Nach der Volkshausbauerei am Tempelhofer Berg strömten teils in Gruppen, teils in größeren zwanglosen Jüngen die

Maurer sowie die Hirsensleger, die mit ihnen gemeinsam im großen Saale ihre Maiversammlung veranstaltet hatten, während im Nebensaal die Arbeiter und Arbeiterinnen der graphischen Gewerbe versammelt waren. Die Leute vom Bau, an frische Luft und raube Witterung gewöhnt, füllten zunächst den Garten der Bauerei; als aber die Versammlung eröffnet wurde und der Genosse Eugen Brückner seinen Vortrag begann, war auch der Saal bald voll und man lauschte den zum Kampf für die hohen Ziele der Maifeier anfeuernden Worten des Redners.

Bei Klamm in der Hasenheide hatten sich die Bauhilfsarbeiter versammelt. Sie, die am schlechtesten gestellten Arbeiter des Baugewerbes, von denen manche gewiß schon in diesem Jahre viel Rat gelitten haben, waren leider nicht so zahlreich vertreten, wie es die Durchführung des Wahlgedankens erfordert. Die Schar der Maifeiernden aber war von der Bedeutung des Tages durchdrungen und spendete dem Referenten Genossen Hermann Jädel lebhaften Beifall. — Ueber 800

Glaser- und Zementarbeiter waren in den „Sophienböden“ versammelt. Das vortreffliche Referat des Genossen Dupont wurde mit großem Beifall aufgenommen. — Die Versammlung der Isolierer und Steinholzleger Berlins und Umgegend, welche nachmittags 3 1/2 Uhr bei Volz, Weberstr. 17, stattfand, war von circa 200 Personen besucht. Das Referat des Genossen Ritsche wurde mit stürmischem Applaus entgegengenommen. — Zahlreich feierten die

Putzer den 1. Mai. Ihre Versammlung füllte Frehers großen Saal in der Koppenstraße samt den Galerien bis auf den letzten Platz. Der Gesangsverein der Putzer trug zur Eröffnung der Versammlung Arbeiterkampflieder vor, die den kommenden Völkerrückgang und seinen Vorboten, die Maifeier, verherrlichten. Genosse Robert Bahnschilderte sodann treffend, um was es sich bei der Feier handelt. — Die

Stukkateure hielten ihre Demonstrationssammlung bei Reier, Sebastianstr. 30, ab. Der Saal sahte bei weitem nicht die Zahl der Beteiligten, so daß auch alle Nebenräume dicht besetzt waren. — Die

Zimmerer hatten sich auch diesmal in keiner Weise abhalten lassen, den 1. Mai würdig durch Arbeitsruhe zu feiern. Der Riesensaal der Brauerei Friedrichshain war voll von Zimmerern. In großen Massen waren sie herbeigekommen, um wieder einmal zu beweisen, daß sie die Ideale des kämpfenden Proletariats begriffen haben. Die von Begeisterung und Kampfesmut getragene Rede des Genossen Hejshold wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen.

Die Dachbeder

hielten ihre Versammlung in der Weinst. 11 ab. Dieselbe war den Umständen nach sehr gut besucht. Es waren 150 Kollegen zur Versammlung erschienen. Hier von waren nach genauer Auszählung 82 arbeitslos. Die Zahl der Feiernden dürfte aber noch größer gewesen sein, denn es haben verschiedene Kollegen in den Vororten an den Versammlungen teilgenommen.

Die Versammlung des Zentralverbandes der Tischler war von circa 1000 Personen besucht, darunter viele Frauen. Die Maidemonstrationsversammlung der Maler

in „Dräfels Festhale“, Neue Friedrichstraße, zählte 500—550 Teilnehmer.

Die Bekleidungsindustrie

kann auf eine besonders imposante Feier zurückblicken. Die Schneider, Schneiderinnen, Wäscharbeiter und Zuschneider hielten ihre diesjährige Maidemonstration wieder in Kellers „Neue Philharmonie“ ab. Der große Saal und die Galerien waren über-

fällt. Frau Mara Wehl hielt die mit großem Beifall aufgenommenen Festrede. Der Gesangsverein der Schneider trug am Beginn und Schluß der Versammlung recht stimmungsvoll einige Lieder vor.

Die Schulwarenindustrie

war im Schweizergarten nahezu vollständig versammelt. Wohl an 3500 Mann waren erschienen trotz der dreitägigen Ausperrung, die vom Verband der Berliner Schulfabrikanten verhängt worden ist. Saal und Galerien verminderten die Erscheinenden nicht zu lassen. Dichtgedrängt lauschten sie den Ausführungen des Genossen Böhsch. Recht wirkungsvoll brachte auch die Gesangsabteilung des Verbandes einige stimmungsvolle Lieder zum Vortrag.

Die Kürschner

lagten im „Alten Schützenhaus“. Der Gesangsverein Berliner Kürschner trug zur Verherrlichung der Feier bei. Die Versammlung war von 512 Personen besucht.

Das graphische Gewerbe

war stärker als in früheren Jahren in der Berliner Volksbrauerei versammelt. Es mochten gegen 1000 Personen sein. Kopf an Kopf standen die Massen und viele fanden trotzdem keinen Einlaß. Vor und nach dem Referat des Genossen Siller sangen die graphischen Gesangsvereine dem Tage entsprechende Lieder.

Aus dem

Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe

fanden sich die feiernden Arbeiter und Arbeiterinnen im Lokal „Deutscher Hof“, Ludauerstraße, zusammen. Als Versammlungszeit war 12 Uhr mittags festgesetzt, aber schon um 11 Uhr füllten sich Saal und Galerien. Einzelne Gruppen hatten sich erst in anderen Lokalen versammelt und zogen gemeinsam nach der Ludauer Straße. Von 12 Uhr ab begann ein starker Zustrom. Manche hatten am Vormittag arbeiten müssen, aber sie machten sich dann frei und begaben sich eilig zu ihrer Maifeier. Bald war die große Halle erdrückend voll, nicht einmal Stehplätze waren zu haben und manche Besucher lehnten wieder um. Frauen waren in großer Zahl anwesend. Der Festredner Paul Singer wurde mit Hochrufen empfangen. Seiner Rede gingen einige Arbeiterlieder voraus, von dem Gesangsverein der Transportarbeiter vorgetragen. Mächtig brauseten die Gesänge durch den Saal, und aufmerksam lauschten dann die Anwesenden Singers Worten. Der Eingang zum „Deutschen Hof“ wurde von einem Leutnant, einem Wachtmeister und einem Schutzmänn bewacht. Der Leutnant wurde etwas unruhig, als er den starken Zustrom bemerkte und mehrmals begab er sich nach dem Saal hinaus, um sich das wachsende Gedränge anzusehen, er schien um die Sicherheit der Besucher recht besorgt zu sein, besonders als einzelne starke Trupps heranzogen. Einen erschreckenden Anblick gewährte es, wie die Arbeiter, meist in Feiertagskleidern und mit roten Abzeichen versehen, von allen Seiten herbeikamen, um ihren Maidag zu feiern. Hier und da marschierte ein kleiner Zug in der Mitte der Straße daher und erreichte das Auffehen der Passanten.

Zur Bedienung der zahlreichen Gäste im „Deutschen Hof“ waren nur zwei Kellner vorhanden; die übrigen mußten abgehen, weil man feststellte hatte, daß sie nicht ihrer Organisation angehörten.

Die Maifeier der

Polstärbeiter

gestaltete sich wie immer recht imposant. Das größte Stabliement in der Hasenheide, die „Neue Welt“, war wieder zu der auf 10 Uhr vormittags angelegten Demonstrationsversammlung gekommen worden. Schon lange vor dieser Zeit herrschte hier ein reges Leben. Von allen Seiten zogen die Feiernden heran. Einzeln, in kleineren und größeren Gruppen und auch in längeren Zügen. Dies waren die verschiedenen Branchen, die früh in ihren Bekleidungslokalen zusammen gekommen waren. Solche Zuge konnte man bereits in der Andraustraße, der Mariannenstraße, der Walbertstraße bemerken, wo sie die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich lenkten. In der Nähe des Zieles, so am Kottbuserdamm und in der Hasenheide, bildete sich ein unübersehbarer Strom

von feiernden Proletariern, der sich in dem, im schönsten Grün prangenden Riesengarten der „Neuen Welt“ ergoß. Der mehr als 4000 Personen fassende Saal war bald überfüllt. Außer dem verweilten wohl an 12000 Personen im Garten, so daß sich etwa 16000 im Ganzen beteiligten. Parteisekretär Genosse Ebert sprach im Saal über die Bedeutung des Tages, nachdem ein Gruß an den Mai, machtvoll von Arbeiterfingern vorgebracht, verklungen war. Die Gefänge: „Die Erde ist zum Licht erstanden“ und „Dem Lenz entgegen“ schlossen die Feier stimmungsvoll ab.

Bekanntgemacht wurde, daß alle, die ihre Papiere nicht erhalten haben, sich Montag früh in ihren Werkstätten zur Verfügung stellen sollten. Würden sie nicht eingelassen, so hätten sie sich im Saal I des Gewerkschaftshauses alsbald zu melden.

Die Metallarbeiter

Die drei überfüllten Versammlungen ab. Die Ungunst der Verhältnisse hatte nicht vermagt, die Arbeiter in erheblichem Maße einzuschränken. In der Ackerstraße der Borussiaaal und am Andreasplatz der Andreas-Festsaal waren bis auf den letzten Platz gefüllt. Die Hauptversammlung der Metallarbeiter fand im Zentrum der Stadt, im Palasttheater statt. Schon zeitig strömten die Feiernden aus allen Richtungen der Stadt zu, die der Schauspielplatz so mancher bedeutungsvollen Versammlung der Berliner Arbeiter gewesen ist. Teils einzeln, teils in größeren oder kleineren Trupps nahen die Teilnehmer an der Maidemonstration. Aus den südöstlichen Stadtvierteln kommend, passierte ein etwa 200 Personen starker Zug feiertäglich gekleideter Arbeiter die Breitestraße. Die Passanten hielten inne im geschäftigen Hasten. Aller Blicke richteten sich auf die Arbeiter. Niemand war da, der nicht sofort Zweck und Ziel des Zuges erkannt hätte. Geschäftsleute und sonstiges Publikum aus bürgerlichen Kreisen blickten teils mit geistigen, meist aber mit böhmischen Blicken dem Zuge nach. Hier und da fielen auch Bemerkungen über die Arbeiter, welche so „dumm“ seien, einen Tag zu feiern und sich noch dazu der Gefahr der Ausperrung auszuweisen. — Ueber den Schloßplatz ging, vorbei am Markt, wo Latariengefächter verständnislos auf die Vorübergehenden starrten. — Unbekümmert um das Hohlnachreden der Phylister, deren Denken und Empfinden den Idealen der Arbeiterbewegung so verständnislos gegenübersteht, leiteten die Feiernden ihren Weg fort nach dem von starken, wenn auch meist verborgenen Polizeikörpern bewachten Versammlungsorte.

Tausende füllten den mächtigen Saal. Auch beide Stockwerke der Galerie waren gedrängt voll. Als die Polizei das Lokal abgesperrt hatte, mußten viele umkehren, ohne an der Demonstration ihrer Kollegen teilnehmen zu können. — Die große Zahl der Teilnehmer sowie der Geist, von dem sie befeelt waren, gaben den Versammlungen der Metallarbeiter das Gepräge einer würdigen, der Bedeutung des Tages angemessenen Demonstration.

Das Nahrungs- und Genussmittel-Gewerbe

sandte zahlreiche Arbeiter und Arbeiterinnen zur Maifeier nach Wölers Festsälen in der Weberstraße. Sie kamen in Scharen herbei, die Bäcker, Schlächter, Brauereiarbeiter, Tabakarbeiter, Müller, Gärtner, Gastwirtsgehilfen und andere. Die Halle war viel zu klein, um die Andrängenden aufzunehmen; um 10 Uhr schon war jeder Platz besetzt, um 10 Uhr mußten viele wieder umkehren. Die Arbeiter kamen in feiertagskleidern. Viele hatten sich ihren Mantel nicht nehmen lassen, wenn auch die Unternehmer eine böse Miene dazu machten. Und diesmal begleiteten, mehr als jemals vorher, Frauen und Mädchen die Männer zur Feier des 1. Mai. Vor Wölers Festsälen standen mehrere Doppelposten Polizei; auch einige „Gemeine“ waren da. Nachziehende Beamte kamen vorbei und zogen Erkundigungen ein über den Stand der Dinge. Es schien, als sei die Polizei auf Straßendemonstration vorbereitet; sie war vielleicht wieder einmal nicht genau unterrichtet worden, trotz der vielen Spitzel. Es ereigneten sich keinerlei Demonstrationen. In Ruhe kamen die Feiernden und in Ruhe zogen sie wieder ihres Weges.

Die Maidemonstration

Bildhauer

in Rubes Festsälen, Alte Jakobstraße, war von zirka 400 Personen besucht. — Die

Gemeinbearbeiter

waren wie im Vorjahre in Kellers kleinem Saal versammelt. Der Gesangverein der Putzer brachte einige stimmungsvolle Märlieder zu Gehör.

Die Maidemonstration der

Steinfelder,

die in den Germaniafälen stattfand, war von nahezu 1000 Mann besucht. — Die Versammlung der

Sattler

sand im großen Saal der „Armin-Hollen“ statt und war von über 800 Personen besucht. — Der Verband der

Lapiezierer (Filiäle Berlin)

hielt seine Maidemonstration in den Industrie-Festsälen, Weißstraße, ab. Anwesend waren gegen 800 Personen. — Die

Porzellanarbeiter

waren im Gewerkschaftshaus, Saal I, mit 200 Personen versammelt. — Die Versammlung der

Glasarbeiter und Glaser

sand gemeinsam in Hahns Festsälen, Große Frankfurter Straße 74, statt, und zwar das erstmal ohne polizeiliche Aufsicht. Es waren zirka 400 Personen anwesend. Besonders waren die Glasbläser dieses Jahr stark vertreten. Zur Feier des Tages gab der Glasarbeiter-Gesangverein einige Lieder zum besten. — Die

Steinarbeiter

hatten auch in diesem Jahre eine verhältnismäßig gute Teilnahme an der Maifeier zu verzeichnen. Annähernd 800 Personen beiderlei Geschlechts waren in Wendts Festsälen versammelt. Besonders stark war die Grabsteine- und die Marmorbranche vertreten.

Die Maifeier der Partei.

Erster Wahlkreis.

Nach dem Festprogramm sollte im Garten von Doppelbld Lokal ein Konzert stattfinden. Diese Absicht des Festkomitees hatte der Wettergott jedoch vereitelt. Wenn er auch zunächst noch keine Risse von oben spendete, so machte doch die empfindliche Raikühle den Aufenthalt im Freien zu einer Ungemütlichkeit, wenigstens für „gefezte“ Leute. Wer sich in munterer Bewegung tummeln wollte, dem war die kühle Temperatur gerade recht. Das machte sich denn auch die liebe Aidermelt zunutze, die sich unter der Leitung einiger Turnerinnen an Bewegungsspielen weiblich betätigte.

Der anfangs nicht sehr rege Besuch hob sich in den Abendstunden ganz bedeutend, so daß der schöne geräumige Saal bald von einer festlich gestimmten Menge bis zur Grenze seiner Fassungskraft gefüllt war. Das Festprogramm bot unter anderem eine Zusammenstellung erster künstlerischer Aufführungen. In einer wirkungsvollen Festschilde trug Genosse Heinrich Schulz der Bedeutung der Feier Rechnung. Es war ein Abend, reich an Anregungen und Kunstgenüssen, eine würdige und stimmungsvolle Maifeier, die ihre Wirkung auf die Teilnehmer nicht verfehlte.

Zweiter Wahlkreis.

Während der Nachmittagsstunden wies die Brauerei einen recht spärlichen Besuch auf. — Das schlechte Wetter und die noch schlechteren wirtschaftlichen Verhältnisse haben diesmal unsere Maifeier beeinträchtigt, sagten die Genossen, die mit beneidlichen Gesichtern auf die paar hundert Menschen blickten, welche sich familienweise um die Kaffeetische im Garten gruppiert hatten. Doch, man soll den Tag nicht vor dem Abend tabeln. Dies Wort war kaum je so berechtigt wie hier. Als der Abend herankam, da

füllten sich die Säle und Gassen. In froher Feststimmung sahen Tausende von Genossen und Genossinnen beieinander, lauschten den musikalischen und gesanglichen Aufführungen und erfreuten sich an den sonstigen Darbietungen des Programms. Die vom Genossen Grünwald gehaltene Festschilde rief lauschende Stimmungen bei den Zuhörern wach. Anregende Unterhaltung hielt die Festteilnehmer noch lange nach Beendigung des offiziellen Teiles der Feier beisammen.

In dem zweiten Festlokal des Kreises, bei Klemm in der Hasenheide, war der Besuch nicht besonders stark. Die unmittelbare Nähe der Festlokale des ersten und dritten Kreises mag schuld daran sein. Doch auch in Klemms Sälen herrschte ungezügelter Feststimmung, die ihren Höhepunkt erreichte durch die passende, von proletarischem Empfinden getragene Rede des Genossen Richard Fischer.

Dritter Wahlkreis.

Die „Neue Welt“ war das Ziel, dem Tausende von Genossen und Genossinnen des dritten Wahlkreises zustrebten. Der Aufenthalt im Garten gehörte zwar nicht zu den Annehmlichkeiten, doch waren es nicht wenige, die selbst als schon der Regen unaufhörlich herniederrieselte, unter aufgespannten Schirmen aushielten, um die auf der Sommerbühne vorgeführten Darstellungen zu genießen. Die meisten zogen es natürlich vor, sich von vornherein einen Platz unter Dach und Fach zu sichern und, falls sie nicht selber das Tanzbein schwingen, sich mit dem Anhören der Tanzmusik zu begnügen oder sich auf andere Weise zu unterhalten. Die Säle waren von den Scharen der Festteilnehmer gefüllt. Frohe Stimmung herrschte überall.

Das „Gewerkschaftshaus“ war das zweite Festlokal für die Genossen des dritten Kreises. Wenn auch hier kein übermäßiger Andrang herrschte, so war der Besuch doch recht gut und die gebotenen Kunstgenüsse wurden in festlichfroher Stimmung entgegengenommen. — In beiden Sälen hielt Genosse Wolfgang Heine die Festschilde.

In der „Neuen Welt“ konnte freilich von einer Festschilde im eigentlichen Sinne des Wortes nicht die Rede sein, da der betreffende Beamte darauf bestand, daß sämtliche Personen unter 18 Jahren den Saal verlassen sollten. Da dies bei dem strömenden Regen ein unausführbares Verlangen war und der Beamte trotz aller Vorhaltungen darauf bestand, mußte Genosse Heine der Versammlung mitteilen, daß er zu seinem Bedauern keine Festschilde im Sinne des Tages halten könne. Anschließend hieran gliederte er unter großem Beifall das rückwärtslose Vorgehen der Polizei.

Vierter Wahlkreis.

Die Genossen des vierten Wahlkreises hatten fünf Festlokale zur Verfügung: den Viktoriapark an der Treptower Landstraße, Freyers Festsäle, Elysium, Brauerei Friedrichshain und Sanssouci. Neben der Instrumentalmusik ertönten überall die Weisen der Arbeitergesangsvereine, die des Maien Frühlingserwählung feiern und der Sehnsucht und dem kampfbereiten Streben nach dem Völkerfrühling Ausdruck geben. Sie fanden verständnisvollen Widerhall im Herzen der Hörer. Allgemeine Anerkennung wurde auch den Leistungen der Turner gegollt, die zum Teil ganz hervorragend waren. Festschilde waren an drei Stellen vorgelesen. Eine davon verfiel — polizeilichen Bedenken. Das war bei Freyer, wo Genosse Robert Schmidt reden sollte. Der Leutnant vom Revier befürchtete eine sozialistische Infiltrierung der Kinder und wollte von dem christlichen Wort: „Lasset die Kindlein zu mir kommen“, absolut nichts wissen. Sie sollten vielmehr möglichst weit von Robert Schmidt entfernt werden, nämlich aus dem Saale. Der Festschilde konnte sich darauf nicht einlassen. Da der Beamte die Auflösung „der Versammlung“ in Aussicht stellte, falls die Festschilde ohne vorherige Einweisung der Kinder durchgeführt werden, so verzichtete man auf eine Festschilde. — In Sanssouci erstreute Frau Balkotte durch ihre Vortragshaltung den Höhepunkt erreichte hier aber die Feier in der Festschilde des Genossen Paul Singer. Das „Bruderlied“ und der Sang „Zum 1. Mai“ gaben dem Vortrag einen schönen Rahmen. — Im „Elysium“ hielt die Festschilde unter lebhaftem Beifall Davidsohn. In diesem Lokal wirkte die Gesellschaft Strelewicz mit, die der sozialen und politischen Satire zum Wort verhalf.

Fünfter Wahlkreis.

Die Genossen des fünften Wahlkreises begingen das Maifest im „Schweizergarten“ am Königstor. Eine Musikkapelle vermittelte dem Ohr orchestrale Genüsse. Für Unterhaltung sorgten reichlich die Spezialitätenkräfte des Etablissements. Den tiefsten Eindruck aber erzielten unsere Sänger. Die Maienzeit mit ihren Wonnetagen und ihren Verheißungen jauberte und der „Gruß an den Mai“ vor die Seele. Und in poetisch schönen Klängen ergrißen uns andere Lieder, die den ewlichen Sieg der Freiheit künden. — Mitglieder des Arbeiterturnerbundes zeigten, was systematische Körperkultur zu leisten vermag und ernteten gleich den Sängern reichen Beifall.

Sechster Wahlkreis.

Die Genossen des 6. Kreises hatten in 12 großen Etablissements Maifeste arrangiert. Der Nachmittags zog nirgends viel Besucher an, die plötzlich eingetretene Raikühle hielt fast alle zurück, die sonst gern zu den Gartensfesten gekommen wären. Einmal lag der große Garten des Schützenhauses in Pfützen. — In da, die Musik ludte vergebens. Hier war alles zu einem Fest im Freien hergerichtet, aber man kam doch lieber im großen Saal zusammen, wo Genosse Fr. Schneider später einen Vortrag über den Maidetag der Arbeiter hielt.

Ähnlich war es im Lokal Brauerei Roabit, Turmstraße. Hier sprach Genosse Dr. Weyl. Der Nachmittags sah nicht vielversprechend aus, aber am Abend waren die Besucher zahlreich da und drängten sich im Saal, um den Vortrag zu hören und sich an den verschiedenen Veranstaltungen in frühlicher Unterhaltung zu erfreuen. An Tanz und Spiel, an Gesängen und humoristischen Darbietungen fehlte es nicht.

Die „Aronenbrauerei“ war außerordentlich stark besucht; um halb acht Uhr abends war kein Plätzchen im Saale mehr frei. Festschilde war Genosse Bernuth. Gesangsvereine, Turner, Athleten und Humoristen fanden ein dankbares Publikum, das gern für die gebotenen Leistungen reichen Beifall spendete.

Um dieselbe Zeit, als in der „Aronenbrauerei“ das größte Gedränge herrschte, sah es in den „Prachtssälen Nordost“, Wicelstraße, noch recht leer aus. Man kam hier etwas später zusammen, hatte dann aber ebenfalls einen starkgefüllten Saal und Genossin Jiech sand mit ihrem Vortrag über die Bedeutung des Maidages die größte Aufmerksamkeit der Versammelten. „Frauen, organisiert Euch!“ so lang es aus ihrer Rede, so konnte man es auch auf den Dekorationen der Saalwände lesen.

In den „Pharus Sälen“, Müllerstraße, war der Zulauf sehr stark. Unter dem strömenden Regen zwischen 8 und 9 Uhr kamen noch massenhaft Leute, obgleich alle Räume, vom Parterre lokal bis zur zweiten Etage, voll besetzt schienen. Unten konnte man in Ruhe an Tischen zusammenhängen, oben war das junge tanzlustige Volk beisammen. In dem mittleren Saal aber herrschte ein fürchterliches Gedränge. Hier hielt Adolf Hoffmann seine Festschilde. An Unterhaltung mangelte es natürlich nicht; ein reiches Programm war aufgestellt worden.

Sehr gut besucht war auch das Lokal der „Wodbrauerei“ in der Chausseestraße. Genosse Grempe war hier der Festschilde. Die Turner, Athleten und andere ergißen ihre Kräfte, man tanzte, sang und war froh gestimmt. Neben dem ersten Teil der Feier kam die Fröhlichkeit zu ihrem vollen Rechte, die Genossen hatten für reiche Unterhaltung gesorgt. Die Arbeiterfänger fanden überall eine gute Aufnahme. Vegetiert sang mancher mit, wenn sie das Lied an den 1. Mai schlossen:

Drum reicht die Hände euch zum Wunde,
Heut mögen wir den Schwur erneu'n:
Dah' alles, was uns trennt, verschwinde,
Wiß' sich die Arbeit selbst befrei'n.
Sorgt, daß in allen eurem Handeln
Die Bruderliebe der Leister'n sei,
Dann mögt ihr frohen Herzens grüßen
Allüberall den ersten Mai!

Unsere Genossen in der Schürhauser Vorstadt und auf dem Gesundbrunnen möchten immer ihre Maifeier, wenigstens zum Teil unter freiem Himmel verbringen, wie es ja auch einem Völkerfrühlingstreffen zukommt. Das läßt sich auch, wenn sonst nichts dazwischentritt, ganz gut machen. Es fehlt in jenen Stadtteilen nicht an Gartenlokalen, wo auch wir Sozialdemokraten gerne geübte Wäste sind. Aber diesmal kam der Himmel mit seinen Regenwolken, kam die kalte und unfreundliche Witterung und verpflückte zu einem guten Teil die Maifeier im Grünen. Das brachte es mit sich, daß die Gärten nicht wie sonst schon am Nachmittags voll von Arbeiterfamilien waren. Viele hatten sich allerdings trotz der rauhen Witterung schon frühzeitig eingefunden und sahen draußen um die dampfenden Familientannen. Als aber der Regen dagutam, sah man sich überall genötigt, die Säle aufzusuchen, und die Musiker, Arbeiterfänger, Turner und sonstigen Kunstbesessenen, die solange wie möglich ihr Bestes getan hatten, den Festgenossen die Unbilden der Witterung vergessen zu machen, mußten ihnen folgen. Das Programm bot überall eine Fülle von Kunstgenüssen und Unterhaltungsmitteln. Wenn die Musiker mit ihrer Kunst eine feierliche Stimmung hervorgerufen hatten, kamen die Arbeiterfänger mit ihren begeisterten Freiheits- und Kampfliedern, an die sich so trefflich eine Maifeiere anknüpfen ließ. „Wir glauben an der Freiheit Sieg.“ so schloß das Lied, und so begann Genosse Kloß in Ballstämieders gedrängt vollem Saale seinen Vortrag und führte der Menge in ebenso ersten wie eindringlichen Worten vor Augen, warum wir an den Sieg der Freiheit glauben, wie dieser frohe Zukunftsglaube auf Wissen gegründet ist, und welchen unermüdbaren Kampf es noch erfordert, den großen Idealen Geltung in der Welt zu verschaffen. — Bei Ballstämieder war zuerst der Genosse Lebour als Festschilde vorgelesen, er war jedoch verhindert worden, hier zu erscheinen. Ebenso mußte in Frankes Festschilde, wo erst der Genosse Reid sprechen sollte, ein Wechsel des Referenten eintreten. Hier wie auch gegenüber im „Brunnen-Theater“ sprach Genosse H. o. Im „Martenbad“ war es Genosse Schumann, der eine zum Kampf für die Neugestaltung der Dinge anfeuernde Rede hielt.

Drüben im Schürhauser Viertel waren es im Theatertheater Genosse Sassenbach, in „Obiglos Festsälen“ Genossin O. Vaader. Die auch der Besuch in den verschiedenen Gartenlokalen am Nachmittags manches zu wünschen übrig, so waren die Säle abends meist demnach überfüllt, daß Mengen von Festgenossen von einem Lokal zum andern wanderten, um zu sehen, ob nicht hier oder da doch noch etwas mehr Raum übrig sei. Lange blieb man noch bei Musik, Gesang und Tanz beisammen, um den Mai trotz aller Unbilden freudig zu begrüßen.

Teltow-Bezirk.

Charlottenburg. Die beiden von der Gewerkschaftskommission arrangierten Vormittagsversammlungen waren recht zahlreich besucht. Die Mehrzahl der Feiernden stellten die Maurer, Zimmerer, Köpfer und Holzarbeiter. Im großen Saale des Volkshauses, wo viele sich mit einem Stehplatz begnügen mußten, hielt der Stadtverordnete Genosse W. H. H. Rixdorf ein vorzügliches Maifestat, während im unteren Saale der Genosse Bergmann in lebendiger Weise die Bedeutung des Tages schilderte. Auch hier war die Versammlung gut besucht. — Am Nachmittags und des Abends fanden die Veranstaltungen der Parteigenossen ihren Fortgang. Ueberall herrschte eine frohe Stimmung.

Rixdorf. In drei Versammlungen kamen die Arbeiter Rixdorfs zusammen, um für die Forderungen der Arbeiterklasse zu demonstrieren. Die beiden Versammlungen bei Hoppe und Wolf waren überfüllt. Der Besuch bei Felsch konnte besser sein. Die Teilnahme war im allgemeinen so stark wie im Vorjahre. Referenten waren Genossin Auguste Kadet und die Genossen Emil Dittmer und Richard Leopold. Ihre Ausführungen fanden lebhaften Zustimmung.

Wilmersdorf. Die Beteiligung an der Vormittagsversammlung war gegenüber dem Vorjahre eine etwas zahlreichere. Zirka 400 Personen folgten den Ausführungen des Referenten, Genossen Albin Rohs, über die Bedeutung des 1. Mai.

Schöneberg. Genosse Eggert hielt vor vollbesetztem Saale sein zündendes Referat, welches mit Begeisterung aufgenommen wurde. Versammelt waren etwa 800 Personen.

Teltow. Genosse Radner hielt im Preussischen Lokale vor über 100 Versammelten ein mit Beifall aufgenommenes Referat.

Adlershof. Die im Lokal von Kaul, Bismarckstr. 16, abgehaltene Versammlung war von 800 Personen besucht. Die Ausführungen des Referenten wurden mit großem Beifall aufgenommen.

Groß-Lichterfelde. Die Vormittagsversammlung im Kaiserhof war von 250 Personen besucht. Ueber die Bedeutung des 1. Mai referierte unter starkem Beifall Genosse Arthur Schmitz. Trebbin. Die Vormittagsversammlung war von zirka 150 bis 180 Personen besucht. Die wohlwollende Polizei war durch einen auswärtigen Gendarm verstärkt worden. Der Referent, Genosse Ewald-Berlin, hielt ein gut aufgenommenes Referat über die Bedeutung des 1. Mai.

Mariendorf. In einer imposanten Kundgebung gestaltete sich die Abendfeier des Wahlvereins. Der Besuch war überraschend groß. Genosse Jeserich sprach über die Forderung des Tages.

Zeuthen und Umgegend. Die Maidemonstration bei Lindemann war verhältnismäßig gut besucht. Der Vortrag des Genossen Ull fand lebhaften Beifall.

Niederbarnim.

Zur Morgenversammlung in Rummelsburg waren zirka 800 Genossinnen und Genossen erschienen. Genosse Düwel würdigte die Bedeutung des Tages. Die Nachmittagsveranstaltung zählte mehr als doppelt so viele Teilnehmer.

In Lichterberg war die Vormittagsversammlung, in der Genosse Grünwald referierte, weniger gut besucht. Dagegen nahmen an der Nachmittags- resp. Abendveranstaltung zirka 2000 Personen teil.

Pankow. Zur Vormittagsversammlung hatten sich zirka 250 Genossinnen und Genossen eingefunden. Genosse Dominik sprach.

Tegel. Zirka 800 Personen hatten sich hier zu der Versammlung, in der Genosse Glöde referierte, eingefunden. Die Stimmung war ausgezeichnet.

Weichensee. Die heutige Versammlung war von zirka 1000 Personen besucht. Das Referat des Genossen Bendel fand freundliche Aufnahme.

In Wich waren 100 Personen versammelt. Genosse R. Schütte hielt einen prächtigen Vortrag.

Kaulsdorf-Ostbahn. Die Maifeierversammlung, in welcher Genossin Friedländer referierte, war von zirka 100 Personen besucht.

Mahlsdorf. Die Abendversammlung, in welcher Genosse Düwel referierte, war von 150 Personen besucht. Erster. In gut besuchter Versammlung sprach Genosse Sonnenburg. Die Maifeier hat mehr Teilnehmer angelockt, als erwartet worden war.

Provinz Brandenburg.

Wenn man neben der Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse das unfreundliche Wetter mit in Rechnung stellt, kann die Maifeier in der Provinz Brandenburg als durchaus befriedigend bezeichnet werden. Und das, obwohl die Maßnahmen der Polizei vielfach geeignet waren, die der Maifeier feindlichen Faktoren zu unterstützen. Die Anordnungen der Gendarmen waren sachlich nicht einheitlich, oft standen sie sich sogar diametral entgegen, aber immer keugten der Ordnungshüter Entscheidungen die Wünsche der Arbeiter und verrietten sehr oft eine rührende Unkenntnis der gesetzlichen Bestimmungen. Hier wurde ein Umzug ohne Angabe von Gründen unteragt, dort eine Abendfeier als öffentliches Vergnügen deklariert, während ein Steinwurf weit ab dieselbe Veranstaltung polizeilich als „öffentliche politische Versammlung“ angeschlossen wurde. Die Schlussfolgerungen aus den verschiedenen Definitionen entsprachen stets den Wünschen, die denen der Arbeiter entgegenstanden. Wir tröstet uns in dem schönen Bewußt-

Braunschweig.

Der für die Stadt Braunschweig geplante Maifestzug war verboten worden. Das angerufene Verwaltungsgericht stimmte am Mittwoch den „Gründen“ der Polizei zu, die Gefährdung des Lebens, der Gesundheit und der Ehre der Straßenpassanten und des Eigentums (!) behaupteten und den Alkoholgenuss der Maifeiernden auch eine Rolle spielen ließen. Schon am frühen Morgen war die Polizei, mit den sonst nicht üblichen Revolvern bewaffnet, in Massen an den Stellen versammelt, von denen einzelne Gewerkschaften zu Ausflügen abmarschierten. Das Baugewerbe feierte mit verschwindenden Ausnahmen den ganzen Tag. Ebenso die Schuhmacher und Schneider. Metallarbeiter feierten von Mittag an in erheblicher Zahl. Die Vormittagsversammlung im größten Saale der Stadt war sehr stark besucht. Nach der Versammlung bewegte sich der Strom der Demonstranten in zwanglosen Gruppen dem gemeinsamen Ziele, dem Schloß zu, dessen Eingangstore von der bewaffneten Nacht besetzt waren. Die Stadt erhielt durch die marschierenden Arbeiterscharen und die Polizei ein außerordentliches Aussehen. Die Nachmittags- und Abendversammlungen, die in 6 Sälen stattfanden, waren sämtlich schon am Spätnachmittage stark besucht, am Abend überfüllt.

Westfalen.

Trotz schlechtesten Wetters und der herrschenden Krise besonders in der Nähmaschinen- und Fahrradindustrie waren in Dielefeld die für den Abend getroffenen Veranstaltungen gut besucht. In 9 Lokalen der Stadt und den umliegenden Vororten fanden Versammlungen statt. Die Teilnehmerzahl wurde durch Funktionäre auf 5500 geschätzt. Im Vorjahre waren es fast ebensoviel. Die Zahl der durch Arbeitsruhe Feiernden war gering. An dem Morgenaufzug über die Ösningberge nach Bradweide beteiligten sich etwas über 250 Personen, darunter befanden sich an die 120 Arbeitslose. Die Temperatur war recht niedrig. In den Bergen wurden die Ausflügler von einem über 1/2 Stunde andauernden Schneegestöber beglückt.

Rheinland.

In Eiberfeld-Barmen wies die zwei Vormittagsversammlungen einen etwas stärkeren Besuch auf als im Vorjahre; es waren annähernd 1000 Personen anwesend. Die Nachmittagsausflüge litten unter der äußerst ungünstigen Witterung, doch ließen sich dadurch die Teilnehmer ihre Freude an der Maifeier nicht verderben. 2000 hatten sich zu den Nachmittagsausflügen eingefunden. Da der Partei innerhalb der beiden Wupperstädte größere Lokale nicht zur Verfügung stehen, so mußten die Abendarrangements auf 6 Lokale verteilt werden. Sie waren meist überfüllt.

In Krefeld wurde die Feier durch die langanhaltende Krise in der Textilindustrie beeinträchtigt. Circa 150 Personen nahmen an der Vormittagsversammlung teil, in der Genosse W. Reimes referierte. Insofern war zu den Abendfestlichkeiten ein ganz enormer Andrang. Zwei der größten Lokalitäten Krefelds waren total überfüllt. Die Textilarbeiter, die in der Mehrheit schon lange Zeit nur 4 bis 6 Stunden täglich arbeiten, ließen es sich nicht nehmen, zur Nachmittagsfeier zu erscheinen. Auch fehlten die Bauarbeiter, die nicht so zahlreich wie sonst durch Arbeitsruhe feierten, am Abend nicht.

In Solingen, Ohligs und Knäuperkeg fanden vormittags Versammlungen statt, die von zusammen etwa 1000 Personen besucht waren. Für den Nachmittag waren für Solingen, Wald, Ohligs und Hühlscheid Festzüge geplant, die von den örtlichen Polizeibehörden genehmigt worden waren. Ohne Angabe von Gründen verbot der Regierungspräsident von Düsseldorf im letzten Augenblick auf telegraphischem Wege den Festzug der Solinger Genossen, während die Genossen in den übrigen Orten, die ebenfalls zum Regierungsbezirk Düsseldorf gehören, von einem solchen Verbote verschont blieben und ihre Festzüge mit Fahnen und unter Vorantritt einer Musikkapelle ungehindert veranstalten konnten.

Die Solinger Genossen wußten sich zu helfen und veranstalteten trotz des fürchterlichen Schneegestöbers vom Gewerkschaftshause am Rathaus vorbei zum „Kaisersaal“, wo die Abendfeier stattfand, einen Massenparadeprozess. Die Solinger Polizeimacht, die vollständig aufmarschiert war, ließ die Spaziergänger ungehindert ihrer Wege ziehen. Der Düsseldorfer Regierungspräsident scheint also die alte Waffentadt Solingen für ein ganz besonders gefährliches Nest zu halten. Wegen seiner Verfügung, die einer amüslichen Abwägung des Reichsvereinsgesetzes verleiht, ähnlich sieht, ist bereits Beschwerde eingelegt worden. In sämtlichen Orten des Reichstagswahlkreises waren die Abendfeiern gut besucht, zum Teil überfüllt.

In Köln war die Beteiligung an der Vormittagsversammlung trotz der Ungunst der Zeiten sehr zahlreich; annähernd 2000 Personen füllten das Volkshaus bis auf den letzten Platz. Genosse Wittlich (Frankfurt a. M.) hielt der Festrede. Am Nachmittag fanden sich zahlreiche Genossen wieder im Volkshause ein, um später von dort nach Deutz, auf die andere Rheinseite, zu gehen, wo man in den Lokalitäten der Vorburg einige Stunden verweilen wollte. Man verließ in Kleinen, zwanglosen Gruppen das Volkshaus. Die Polizei hatte an der ungeleglichen Verweigerung der Genehmigung des beantragten Natunzuges noch nicht genug. Eine ganze Masse von Beamten tauchte plötzlich auf und stellte sich den Voranschreitenden drohend entgegen. Erst dadurch entstand eine gar nicht beabsichtigte Ansammlung, die nun die Polizeibeamten, darunter vier Veritene, immer wieder auseinandertrieb, bis zum Rheinstrom, unterwegs wiederholt Straßeneingänge absperrend. Am Rhein durften die Teilnehmer nur einzeln die Brücken passieren, und sie wurden auch dann noch von den Schutzleuten verfolgt, obwohl nicht der allermindeste Anlaß vorlag. Es war ein echt borberrussisches Kulturbild.

Die Redner der zwölf Abendversammlungen, die in Köln und den Vororten Ehrenfeld, Kall, Deutz, Rippes, Post, Lindenthal, Koblenz, Gings, Höhenberg und Brühl stattfanden, unterließen nicht, die empfindenden Vorgänge des Nachmittags in die entsprechende Beleuchtung zu bringen. Die Entrüstung der Zuhörer münzte sich in zahlreichen Weirittserklärungen zur politischen Organisation um. Alle Abendversammlungen, die sämtlich überfüllt waren, verliefen glänzend und begeistert.

Im Aachener Bezirk war unterwartet große Beteiligung. Die Morgenversammlung in der Stadt Aachen war außerordentlich stark besucht, die Abendversammlung überfüllt. In Mülheim am Rhein, Bonn, Koblenz und Düren fanden ebenfalls überfüllte Abendveranstaltungen statt.

Sachsen-Massau.

In Frankfurt a. M. war die Morgenversammlung im Gewerkschaftshause total überfüllt, ebenso die Nachmittagszusammenkunft im gleichen Lokal. Abends fanden in den einzelnen Stadtteilen sieben Versammlungen statt, die ebenfalls den besten Verlauf nahmen. Das Wetter war stark veränderlich. Um die Mittagszeit gingen zwei Gewitter mit Regen und Hagelwetter unter starkem Sturm nieder. Die Parteiveranstaltungen wurden dadurch aber nicht beeinträchtigt.

An der Vormittagsversammlung in Kassel beteiligten sich über 800 Personen. Die Abendveranstaltung war überfüllt. Auch in der Umgebung wurden eine Reihe von Versammlungen abgehalten, die durchweg gut besucht waren.

Baden.

An Stelle der in früheren Jahren in Mannheim üblichen Vormittagsversammlung hatten in diesem Jahre Partei und Gewerkschaften einen Ausmarsch arrangiert. Es beteiligten sich annähernd 300 Personen. Einige Gewerkschaften hatten Sonderausflüge. Keine offizielle Tagesveranstaltung war vom Metallarbeiterverband für die Arbeiter der Automobilfabrik Benz getroffen, die in einer Zahl von circa 1000 Arbeit-

erinnen am Vorjahre bedeutend zurück. Sie betrug circa 1500.

Am Abend fanden im Stadtbezirk sieben Versammlungen statt, die alle einen starken Besuch aufzuweisen hatten. Zwei von vier Sälen in der Innenstadt waren überfüllt. Ebenso die Säle in den Vororten der Stadt, wo hauptsächlich die Arbeiterschaft anwesend ist. Im Landbezirk Mannheim fanden am Abend 18 Versammlungen statt, die ebenfalls einen guten Besuch aufzuweisen hatten.

Bayern.

Die Feier in München nahm auch diesmal, trotz der schweren wirtschaftlichen Krise, einen würdigen Verlauf. Vormittags 10 Uhr fanden 11 öffentliche Volksversammlungen statt, die samt und sonders massenhaft besucht waren. Von einem Abflauen der Maifeier ist, trotz allen Gefahren in den bürgerlichen Papieren, nicht eine Spur zu entdecken. In fast allen Tarifen, die in den letzten Jahren vor dem Münchener Einigungsamt abgeschlossen wurden, haben sich Tausende von organisierten Arbeitern die Arbeitsruhe am 1. Mai gesichert. Daher verlief die Maifeier bisher noch jedes Jahr ohne nennenswerte Störungen. Auch die Holzindustriellen haben bei den letzten Tarifverhandlungen im Vorjahre vor dem Einigungsamt zu Protokoll erklärt, daß es beim alten bleiben, der 1. Mai also gefeiert werden kann. Trotzdem im vorigen Jahre, einige Tage nach dem Tarifabschluß, der 1. Mai von den Münchener Holzarbeitern durch Arbeitsruhe gefeiert wurde, haben die Unternehmer heuer in ihren Betrieben eine Bekanntmachung des Deutschen Arbeitgeberverbandes angeschlagen, wonach alle Arbeiter, die am 1. Maifeiern, bis 6. Mai ausgesetzt werden. Die Münchener Holzarbeiter ließen sich aber nicht einschüchtern und ließen die Arbeit ruhen; die Versammlung der Holzarbeiter war in keinem Jahre so stark besucht als diesmal. Inwiefern die Drohung mit der Aussperrung wahr gemacht werden wird, muß abgewartet werden.

Tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen machten nachmittags einen Ausflug in das herrliche Nymphenpark.

In Nürnberg fanden früh zwei überfüllte Versammlungen statt, die vor Beginn polizeilich abgesperrt wurden. Viele Hunderte fanden keinen Einlaß. Nachmittags marschierte man nach Eibach zu gefelliger Zusammenkunft, wo die Lokale die Massen nicht aufnehmen konnten. Abends tagten vier Massenversammlungen. Tausende mußten, ohne Einlaß zu erhalten, umkehren. Alle Veranstaltungen verliefen ohne Störung. Den Hauptteil der Feiernden stellten die Holzarbeiter, die die Parole Arbeitsruhe geschlossen besetzten. In anderen Berufen wurde nur teilweise gefeiert, viele Bauarbeiter, Maler usw. hatten die Arbeit eingestellt, ebenso eine große Anzahl Kleinbetriebe. Metallarbeiter hielten sich zurück. Die großen Fabriken waren in vollem Betrieb. Die Unternehmervereine führten Aussperrungen bis 6. Mai durch.

Württemberg.

Der Besuch der von den Gewerkschaften veranstalteten Vormittagsversammlungen in Ulm-Stuttgart ließ zu wünschen übrig. Wohl war der Festsaal des Gewerkschaftshauses bis zum letzten Platz besetzt, aber der Zahl der Feiernden entsprach der Besuch nicht. Neben doch von den rund 3500 Metallarbeitern Stuttgarts über 2000 die Arbeit ruhen. Die meisten Bauken lagen gleichfalls still. Die Schreiner, die vergangenes Jahr eulische Lage ausgesperrt waren, beteiligten sich trotz der erneuten Aussperrungsandrohungen der Unternehmer zahlreich durch Arbeitsruhe.

In Cannstatt war erst in letzter Stunde die Vormittagsversammlung angelegt worden. Auf Drängen der dortigen Arbeiterschaft hatte das Gewerkschaftskomitee seinen Beschluß, in Cannstatt in Rücksicht auf die mangelhafte Lage der Industrie von einer Vormittagsversammlung abzusehen, revidieren müssen. Der Besuch der Versammlung in Cannstatt war stärker als je zuvor. Der Festsaal des „Schwabenbräu“ erwies sich als zu klein, die Menge der Feiernden zu fassen. — Nachmittags fand in zwei großen Festlokale Konzert statt, für den Abend hatte die Partei vier Feiern veranstaltet, die überaus stark besucht waren, wohl stärker als je zuvor. Im überfüllten Dinkeladerschen Festsaal sprach Genosse Dr. Dunder, im Wulleschen Saal Parteisekretär Pflüger, in Cannstatt Genossin Dr. Dunder, in Unterlürkheim Genosse Schumacher. Die Maifeier in Stuttgart hat bewiesen, daß im Schwabenlande der Maifestgedanke an Stärke gewonnen hat trotz Krise und Gewaltmaßnahmen des Unternehmertums.

Essen.

In Mülhausen i. E. feierten durch Arbeitsruhe gegen 1000 Arbeiter der Großindustrie und etwa ebensoviel aus kleineren Betrieben. Die zwei Vormittagsversammlungen waren gut besucht, und an dem Nachmittagsausflug der Feiernden beteiligten sich trotz der Ungunst der Witterung — es regnete erst schwach und gegen Abend andauernd — rund 1500 Personen. Die beiden Abendversammlungen, in denen Arbeitersekretär Wisch und Reichstagsabgeordneter Emmel sprachen, zeigten einen Massenbesuch, dem die zwei der Partei zur Verfügung stehenden größeren Lokale bei weitem nicht genügen konnten.

Oesterreich.

Wien, 2. Mai. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die zwanzigste Maifeier sah in Wien eine kolossale Beteiligung. Die Arbeitsruhe war mit Ausnahme der Gemeindebetriebe vollständig, die Versammlungen, in denen nach der vorübergehenden Kriegsgefahr besonders die Betonung der proletarischen internationalen Solidarität begeisterten Widerhall fand, waren massenhaft besucht. Imposant war am Nachmittag der Demonstrationszug in den Prater. Zum erstenmal wurden im Zuge unsere roten Fahnen und Standarten getragen. Besonders zahlreich war auch die Beteiligung der Frauen. Die Ordnung wurde ausschließlich durch unsere Ordner aufrecht erhalten. Der geordnete Aufzug ist auch ein politischer Erfolg, da eigentlich öffentliche Aufzüge, wenn das Parlament versammelt ist, gesetzlich verboten sind. Auch im übrigen Oesterreich wurde die Arbeitsruhe in allen Industrieorten strikte durchgeführt.

Frankreich.

Die Maifeier ist in Paris ohne jeden Zwischenfall verlaufen. Ein Teil der Postbeamten feiert. Die Gasarbeiter, Bäcker, Erdarbeiter usw. hielten heute mittig in der Arbeitshörse Versammlungen ab, in der das Verhalten der Regierung gegenüber den Postbeamten scharf kritisiert wurde. Es wurde beschlossen, unter allen Umständen die Postbeamten gegen die Regierung in Schutz zu nehmen.

In der Provinz wurde die Maifeier besonders in den Kohlenbezirken des Norddepartements begangen, wo die meisten Arbeiter feierten, auch in St. Etienne, wo die meisten Straßenbahner streikten. In Toulon feierten die Straßenbahner und die Arsenalarbeiter. Die Zahl der Ausständigen in Marseille beläuft sich auf 7000, in Roubaix freieren circa 5000 Arbeiter, meistens aus der Textilindustrie. In Marbonne wurden zwei Anarchisten verhaftet, die von der Polizei dabei abgefaßt wurden, als sie Schimpfworte gegen die Regierung an öffentlichen Denkmälern andachten. In Vorbezug ist von einer Maifeier wenig oder gar nichts zu merken, desgleichen in Cherbourg, wo nur etwa 150 Arbeiter feierten. In Razamet wurde heute ebenfalls eine Kundgebung gegen die Arbeitgeber veranstaltet; die Arbeit ruht dort vollständig.

Belgien.

Brüssel, 1. Mai. Die Maifeier wurde hier in der üblichen Weise begangen. Trotz anhaltenden Schneegestöbers zogen die Sozialdemokraten mit roten Fahnen und Musik durch die Straßen zum Volkshause, wo ein großes Meeting stattfand. Die Rund-

gebung verlief ohne irgendwelche Störung. In der Provinz ist die Maifeier ebenfalls bisher ohne Zwischenfall verlaufen. In den Kohlenrevieren ruht die Arbeit gänzlich, ebenso feiern viele Metallarbeiter. In allen sozialistischen Gemeinden sind die Schulen geschlossen. Anlässlich der Maifeier empfing der Arbeitsminister eine von Vanderelde geführte sozialistische Abordnung, die den Minister ersuchte, die Beratung der Frage der Begrenzung der Arbeitszeit zu beschleunigen. Der Minister erklärte, daß der Gesetzentwurf über diesen Gegenstand wahrscheinlich im Juli zur Beratung gelangen werde. Der Minister versprach, auf eine Beschleunigung der Angelegenheit hinzuwirken und einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß einzusetzen, der die Frage einer Beschränkung der Arbeitszeit in gewissen Industrien zu prüfen hätte.

England.

Die Maifeier in London.

Die Maifeier wurde, wie alljährlich, durch einen Straßenumzug von Charing Cross nach dem Hyde-Park begangen, wo eine Massenversammlung stattfand, an der etwa 25000 Personen teilnahmen. Besonderes Aufsehen erregten im Demonstrationzuge etwa 50 Wagen mit weiß- und rotgekleideten Jünglingen der sozialistischen Sonntagsschulen. Im Hyde-Park angelangt, verteilten sich die Massen auf die 7 Bogen, die als Tribünen dienten. Um die 1. Tribüne waren die sozialistischen Kinder gruppiert, zu denen die Lehrer und Lehrerinnen sprachen. Die 2., 3., 4. und 5. Tribüne gehörten den Gewerkschaften und sozialistischen Organisationen. Auch der sozialistische Verband der anglikanischen Geistlichen war durch zwei Geistliche, die Ansprachen hielten, vertreten. Die 6. Tribüne gehörte den Clarion-Organisationen. Die 7. war international und es sprachen deutsche, jüdische, russische, lettische und südamerikanische Redner. Unter den Rednern befand sich auch Genossin Clara Zetkin. Um 6 Uhr wurde das Meeting geschlossen und folgende Resolution angenommen:

Die bei der Maifeier im Hyde-Park versammelten Arbeiter und Arbeiterinnen senden brüderliche Grüße an ihre sozialistischen und gewerkschaftlichen Genossen, die in allen anderen Ländern sich am 1. Mai versammeln, um ihre proletarische Solidarität auszudrücken und ihren festen Entschluß kundzugeben, sich von der Lohnsklaverei zu befreien und sozialistische Gemeinwesen zu gründen. Als Mittel zu diesem Zwecke verlangt dieses Meeting: Erhaltung der Schulkinder auf Staatskosten; die Organisation der Arbeitslosen für nützliche und produktive Arbeit; Achttundentag; Verbesserung des Alterspensionsgesetzes; allgemeines Wahlrecht, Zahlung von Diäten und Verhältniswahlen. Dieses Meeting verurteilt die Vermählungen der kapitalistischen Klassen und der Fingopresse, das Völkerverleben durch Feindschaft, die nur eine Folge der wirtschaftlichen Konkurrenz ist, zu vergiften und England und Deutschland in einen Krieg gegeneinander zu treiben. Das Meeting verspricht den kriegerischen Arbeitern, mit ihnen in den Vermählungen, die friedlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern aufrechtzuerhalten, zusammenzuwirken.

Für den Abend hatte der kommunistische Arbeiterbildungsverein ein Fest in Holborn Town Hall veranstaltet.

Russland.

Petersburg, 1. Mai. Anlässlich der Maifeier nahm die Polizei zahlreiche Hausdurchsuchungen vor und beschlagnahmte mehrere Hunderttausend sozialistischer Proklamationen. Eine große Anzahl sozialdemokratischer Agitatoren wurde verhaftet. Die Fabriken, welche die Maifeier gestatteten, werden mit hohen Geldstrafen belegt. Die Polizei und Militärpatrouillen wurden am Tage der Maifeier verstärkt.

Vermischtes.

Sturm und Schneefall.

In Hattersheim ist infolge des starken Sturmwindes, der am Freitag dort herrschte, der noch nicht vollendete Neubau einer Zellfabrik eingestürzt. Sechs Arbeiter wurden verletzt, drei schwer. In Köln und im Bergischen trat am Sonnabendvormittag starker Schneefall ein.

Aus Atlanta (Georgia) wird uns von gestern telegraphiert: Die Zahl der infolge der Stürme der drei letzten Tage ums Leben gekommenen Personen wird auf 200, die der Verwundeten auf 400 geschätzt. Der Sachschaden dürfte mehrere Millionen betragen. Das Geschäftsleben liegt vollständig danieder.

Raubmord an einem Militärinvaliden.

Der in Spreenhagen bei Fürstenwalde ansässige gewesene Militärinvalide Friedrich Wagner wurde am Donnerstag vor acht Tagen in seiner an das Wohnhaus angrenzenden Scheune tot aufgefunden. Der Schädel war dem alten Mann zertrümmert worden. Die sofort eingeleitete Untersuchung deutete jedoch anfangs darauf hin, daß W. das Opfer eines verhängnisvollen Unfalles geworden war. Man nahm an, daß der alte Mann gestürzt sei und sich dabei den Schädel aufgeschlagen habe. Die Leiche wurde daher von der Behörde freigegeben und beerdigt. In der vergangenen Woche sind in der Angelegenheit jedoch Momente zutage getreten, die keinen Zweifel mehr daran lassen, daß hier nicht ein Unfall, sondern ein Verbrechen vorliegt. Wie feststellbar werden konnte, fehlt dem Toten ein Sparfassenbuch über 900 M. und zwei weitere Sparfassenbücher über den Betrag von 2000 M. Trotz eingehender Durchsuchung der Wohnung des Invaliden konnten die Bücher nicht gefunden werden. Dagegen wurde ermittelt, daß mehreren Personen ein dem Wagner gehöriges Sparfassenbuch im Betrage von 900 M. von einem jungen Mann zum Kauf angeboten wurde. Bei der Vereinsbank in Frankfurt a. O. verfüßerte er schließlich das Sparfassenbuch und stüßte dann nach Köln. Leute, bei denen die Verwertung des Sparfassenbuches vergeblich versucht wurde, erkannten in einer Photographie des Maschinenbauers Otto Matuschke aus Neu-Stahndorf, Kreis Storchow, den Mann wieder, der bei ihnen vorgespochen hatte. Trotzdem hat die Polizei den mutmaßlichen Mörder noch nicht dingfest gemacht.

Sozialdemokrat. Wahlverein für den 1. Berliner Reichstagswahlkreis. Todes-Anzeige. Den Genossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Galvaniker Benjamin Labs Thiele-Wartenberg-Straße, 43 Nagowstraße verstorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Montag, den 3. Mai, nachmittags 3 1/2 Uhr, vom Leichenhause aus auf dem städtischen Friedhof in der Müllerstraße, Ecke Seestraße, statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht Der Vorstand.	Verband deutscher Gastwirtsgehilfen (Abteilung Bierabzieher.) Am Freitag, den 30. April, verstarb nach langen Leiden unser Kollege, der Bierabzieher August Rüdiger im 46. Lebensjahre. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Dienstag, den 4. Mai, nach- mittags 4 Uhr, von der Halle des Andreas-Kirchhofes in Bü- helmsberg aus statt. Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.
--	--